

TagesWoche

N° 03

Freitag, 19.01.2018

CHF 5.-



Stadtentwicklung / S. 6

Grosse Bahn-Areale werden frei. Die SBB wollen darauf Rendite erzielen, doch Basel braucht gemeinnützigen Wohnraum.

WOHNEN STATT WEICHEN

Sicher leben



Schützen Sie Kinder und Jugendliche in Afrika und Lateinamerika vor Gewalt und Ausbeutung. Ihre Spende auf Konto 40-260-2 schafft Sicherheit.

**terre
des hommes
schweiz** Perspektiven für Jugendliche

Laufenstr. 12 | Postfach | 4018 Basel | Telefon +41 61 338 91 38 | www.terredeshommeschweiz.ch | Postkonto 40-260-2



Kaspar Sutter / S. 16

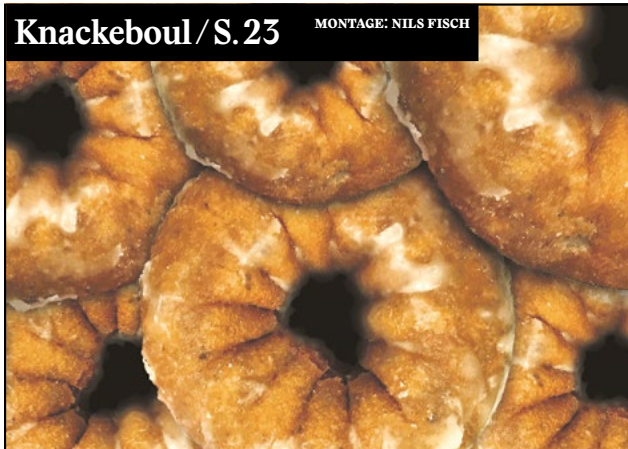
FOTO: ALEXANDER PREOBRAJENSKI



So schnell wie der SP-Politiker ist noch selten ein Grossrat durchgestartet. Nach nur einem Jahr im Parlament sehen ihn manche bereits im Regierungsrat.

Knackeboul / S. 23

MONTAGE: NILS FISCH



Wer darf eigentlich wen wie beschimpfen? Bei Unsicherheit helfen die A-Regeln.

Fritz und Paul Sarasin / S. 28

FOTO: STAATSARCHIV BS



Sie schenkten dem Zolli einen Elefanten, jetzt kommen sie an die Museumsnacht.

Nikos Wilczek

Bestattungen

Zeitmaschine

Kinoprogramm

Wochenendlich

Kreuzworträtsel

Impressum

S. 4

S. 22

S. 30

S. 32

S. 33

S. 34

S. 34

Georg Kreis / S. 24

Es herrsche Apartheid in den besetzten Gebieten, sagen ernst zu nehmende Stimmen in Israel. In Europa versucht man den belasteten Begriff zu tabuisieren.



Gabriel
Brönnimann
Co-Leiter
Redaktion

Unser Land

Gehört Ihnen das Haus oder die Wohnung, in der Sie leben? Sie dürfen sich glücklich schätzen. Aktuell können sich nur noch zehn Prozent der Bevölkerung die eigenen vier Wände leisten. Ein mittelgrosses Einfamilienhaus an begehrter Lage – also zum Beispiel in Basel-Stadt – können noch drei Prozent der Schweizer Haushalte berappen.

Die Mieten sind derweil 40 Prozent zu hoch, obwohl sie das laut Gesetz gar nicht sein dürften, hat die Raiffeisen-Bank errechnet. Glücklicherweise nur, wer in einer Wohnung zur Miete wohnt, die der Gemeinde, einer Genossenschaft oder der selten gewordenen Spezies des fairen privaten Vermieters gehört.

Wenn die illegale Preistreiberei der vergangenen 20 Jahre eines zeigt, dann das: Es macht einen grossen Unterschied für die Nutzer, wem der Grund und Boden gehört. Der Rendite-Wahn um ein Gut, das wir alle brauchen, nimmt absurde Züge an: Einerseits hoffen Sie sicher, dass es Ihrer Pensionskasse gut geht. Andererseits möchten Sie, dass Ihre Miete nicht ständig steigt. Dummerweise gehört die Wohnung aber Ihrer Pensionskasse – das System frisst sich selbst.

Umso wichtiger wird es für eine Gemeinde, die Wohnpolitik so zu gestalten, dass möglichst alle Bewohnerinnen und Bewohner davon profitieren. Dass es in Basel dringend mehr Wohnungen braucht, bestreitet niemand. Umstritten ist, wem sie gehören sollen und wer sie zu welchen Konditionen nutzen darf.

Die SP Basel-Stadt fordert stärkere staatliche Kontrolle im Wohnungswesen. Das befürwortet auch die Zürcher SP-Nationalrätin Jacqueline Badran im Interview – und nimmt gleichzeitig die Basler SP für einige ihrer Vorschläge ins Gebet.

Die grösste Immobilienbesitzerin der Schweiz, die SBB, schauen wir genauer an, gibt sie in Basel doch grosse Areale für den Wohnungsbau frei. Die SBB gehören der Öffentlichkeit, trotzdem haben sie den offiziellen Auftrag, mit den Immobilien Rendite zu erwirtschaften. Was das heissen kann, hat Zürich mit seiner Europaallee an bester Lage erfahren: Dort kostet eine 3,5-Zimmer-Wohnung aktuell 5250 Franken. ×

Nikos Wilczek

von Robin Zenklusen

Der Basler Triathlet will an die Olympischen Spiele 2020. Seine Einstellung ist die eines Profis, was ihm noch fehlt, ist das nötige Kleingeld. Aber davon lässt sich der Teilzeitlehrer nicht abhalten.

Der Raum im Keller ist nicht grösser als ein durchschnittliches Klo. Darin eingepfercht ein Rennvelo vor einem Computer, der auf einem alten Bügelbrett steht. Mehr braucht Nikos Wilczek für seine anstehende Trainingseinheit nicht.

Der Basler Triathlet griechischer Herkunft klickt seine Radschuhe in die Pedale ein. Kurzes Aufwärmprogramm, dann startet er sein Intervalltraining. Immer und immer wieder mit aller Kraft in die Pedalen treten, ganze 20-mal für jeweils 30 Sekunden, dazwischen ebenso lange Pausen, 40 Minuten lang. Ins Schwitzen kommt der 24-Jährige allerdings nicht. Schon beim ersten Sprint gibt das Fahrrad nach und fällt aus der Halterung. Er kann gerade noch so einen Sturz verhindern.

Das sei ihm jetzt noch nie passiert, in den fünf Jahren, die er dieses Trainingsgerät besitzt. Vorführeffekt. Einmal mehr. Wilczek nimmts mit einem Schmunzeln: «Wäre es doch in der Mitte des Trainings passiert», scherzt er, «dann hätte ich wenigstens eine kleine Extrapause gehabt.» Mit wenigen Handgriffen setzt er sein Fahrrad wieder zusammen und setzt sein Training fort. Oder beginnt es erst richtig.

Fernab der grossen Bühne, unten im Keller seines Elternhauses im Ring-Quartier, trainiert Wilczek für seinen Traum von Olympia, davon, zur Weltelite seines Sportes zu gehören: «Für mich geht es nicht darum, berühmt zu sein oder viel Geld zu haben. Ich will einfach das Beste aus mir herausholen», sagt er.

Seine Triathlon-Karriere begann, als er zwölf war. Davor war er in verschiedenen Schwimmvereinen. Schwimmen war seine Paradedisziplin. Was für ihn bedeutete: möglichst bald ein möglichst ausgeglichener Athlet werden.

Als er 16 war, fruchteten seine Bemühungen. Wilczek ist bis heute der jüngste Elite-WM-Teilnehmer aller Zeiten. Er trug nicht das Schweizerkreuz auf der Brust, sondern das griechische. Er hat auch heute keinen roten Pass.

Dann haben ihn Verletzungen und Viruserkrankungen mehrfach zurückgeworfen. Aber wen kümmert das schon? «In unserem Sport ist es so: Es zählt nur die



«Ich weiss, was ich kann, aber muss auch noch stark an mir arbeiten.» Nikos Wilczek will 2020 in Tokio starten.

FOTO: ZVG

Leistung. Dass du ins Ziel kommst. Keiner sieht, was dahinter steckt», sagt Wilczek.

In seinem Fall interessierte auch kaum jemanden, dass er in Basel das Gymi absolvierte und an der Fachhochschule in Liestal studierte, während er gleichzeitig seine Leidenschaft für den Triathlon pflegte.

Das Studium hat Wilczek mittlerweile abgeschlossen. Trotzdem kann er sich noch immer nicht voll auf den Sport konzentrieren. Zweimal am Tag trainiert er und arbeitet daneben 50 Prozent als Primarlehrer. «Es ist ein Teufelskreis: Ich müsste weniger arbeiten und mehr Geld verdienen, um die optimale Vorbereitung auf die Wettbewerbe zu haben.»

Das liebe Geld. Wer nicht zu den Top-Athleten gehört, muss sich die Teilnahme an Wettbewerben selbst finanzieren. Dazu

kommen weitere Kosten, die Wilczek nicht decken kann: Material, Reisen, Trainingsgerät. Letzteres wird zumindest teilweise von seinem «Team Coach» gesponsert.

Eine Ausnahmeerscheinung

Da heisst es kreativ werden. Wilczek sucht auf dem Portal Ibelieveinyou.ch Gönner, die ihm mit Spenden die Teilnahme an zehn Wettkämpfen in diesem Jahr ermöglichen sollen.

Für das Erreichen seines grossen Traums Olympia 2020 sind die Wettkämpfe von immenser Bedeutung. Bei jedem Wettbewerb könnte er wichtige Punkte sammeln, die ihm den Weg nach Tokio ebnen würden. Die Qualifikation für Olympia hängt also massgeblich davon ab, ob er genügend Spender findet.

Woche für Woche legt er auf dem Velo, laufend und schwimmend insgesamt 275 Kilometer zurück. Keine Frage, Wilczek ist eine Ausnahmeerscheinung. Auf seinem Niveau ist er der einzige Triathlet, der nebenbei berufstätig ist. Ist der Traum von Olympia 2020 realistisch? «Ich will nicht sagen: Ja, ich schaffe es», sagt Wilczek. «Ich weiss, was ich kann, aber muss auch noch stark an mir arbeiten.»

Mit Kurt Müller hat er seit 2016 einen neuen Coach. Die nötige Selbstdisziplin hatte er schon vorher. Ende Jahr plagte ihn aber einmal mehr eine Verletzung: Bizepssehnenabriss. Kein Schwimmen, kein Lauftraining. Aber da ist ja noch der Keller, unten im Haus seiner Eltern, mit dem Rennrad vor dem Computer auf dem Bügelbrett. ×

Die SBB wollen ihre Areale in Basel vergolden, dabei wäre der Bevölkerung mit gemeinnütziger Wohnfläche mehr gedient.

BEI DEN SBB KOMMT BASEL KAUM ZUM ZUG

von Samuel Rink

Die SBB sind die grösste Grundeigentümerin in der Schweiz. Die «Bilanz» schätzt ihren Besitz auf 94,4 Millionen Quadratmeter. Das entspricht gut zweieinhalbmal der Fläche des Kantons Basel-Stadt. Und auch hier besitzen die Bundesbahnen wichtige Flächen. Das macht sie in der baulichen Stadtentwicklung zu einem prominenten Player.

Nach der CMS und dem Kanton hat keine Institution auf Stadtgebiet so viel Entwicklungsfläche wie die SBB. Mehr als 20 Hektaren davon sollen in den nächsten zehn Jahren umgenutzt werden, davon vier im Areal Lysbüchel und ganze 16 am Güterbahnhof Wolf. Allein auf diesen Flächen fände fast das ganze Kleinbasler Claraquartier Platz.

Im Auftrag des Bundes müssen die SBB ihren Grundbesitz rentabel bewirtschaften. Das heisst, es wird gebaut. Den Anfang machten in Basel der Südpark auf der Gundeldinger Seite des Bahnhofs und das im Bau befindliche Meret-Oppenheim-Hochhaus gleich nebenan.

Als Nächstes soll das Areal Lysbüchel folgen. Der Grosse Rat wird demnächst

über den Bebauungsplan der Regierung und der SBB debattieren. Ein Grossteil der Fläche soll für Wohnungen reserviert sein. An der Frage, wie viel für das Gewerbe übrig bleibt, scheiden sich die Geister. Der Basler Gewerbeverband malt bereits seit Monaten den Teufel an die Wand: Er befürchtet die Vertreibung der – allerdings schon heute nur noch spärlich vorhandenen – Gewerbebetriebe.

Endlich Wohnungen!

Auch am Bahnhof SBB selbst wird Grosses geplant: Für 300 Millionen Franken wollen Postfinance und SBB einen neuen Gebäudekomplex bauen. Das Nauentor genannte Projekt ist als Ersatz für den roten Riegel des Postreitergebäudes gedacht. Noch dieses Jahr sollen die Pläne aufgelegt werden und bis 2028 gleich drei Türme mit Gewerbeflächen und Wohnungen neben den Geleisen emporwachsen.

Die Planung beim Güterbahnhof Wolf dagegen ist noch nicht so weit fortgeschritten. SBB und Kanton müssen erst herausfinden, wie dieser Raum genutzt werden könnte. Vor einem Jahr wurde das entsprechende Studienauftragsverfahren lanciert, das demnächst ausgewertet wird.

Auch auf dem Wolf wollen die SBB einen neuen Stadtteil mit Gewerbe- und Wohnzonen entwickeln.

Mit diesen drei Projekten haben die SBB grossen Stellenwert für Basel. «Diese Flächen sind an bester Lage und wichtig für die Innenentwicklung der Stadt», sagt der private Stadtentwickler Andreas Courvoisier, der unter anderem im Quartier St. Johann mehrere Entwicklungsprojekte mitgestaltet hat. «Besonders der Güterbahnhof Wolf und das Postreitergebäude haben viel Potenzial.»

Die Stadt ist gern bereit zur Zusammenarbeit mit den Bundesbahnen, im kleinräumigen Basel ist jede neue Fläche für Wohnungsbau willkommen. 20 000 Arbeitsplätze wurden in Basel-Stadt in den letzten zehn Jahren geschaffen. Gleichzeitig zogen gerade mal 9000 Menschen nach Basel. Angebot und Nachfrage sind nicht im Gleichgewicht. Das bedeutet auch: mehr Pendlerverkehr und entsprechend vollere Züge und Strassen.

Einerseits kommen die Entwicklungsflächen der Stadt mehr als gelegen. Doch erweisen sich die SBB immer wieder als schwierige Partnerin beim Thema Wohnen. Den bundesrätlichen Auftrag versuchen sie gewissenhaft umzusetzen.

**Wohnungen und Gewerbeflächen
planen die SBB auf dem Güterbahnhof
Wolf. Die Frage ist: Wer wird dereinst
hier wohnen?**

FOTO: HANS-JÖRG WALTER



Und dabei wird Rendite gross geschrieben: Erwartet wird ein «branchenübliches Ergebnis», das «Portfolio-Management» der Immobilien soll «massgeblich zu einer gesunden Basis des Gesamtunternehmens» beitragen. Das sei bei den Verhandlungen jeweils deutlich zu spüren, sagen gleich mehrere Basler Parlamentarier. Die Bau- und Raumplanungskommission des Grossen Rats hat erst kürzlich den Bebauungsplan des Lysbüchel-Areals kontrovers debattiert.

Den SBB müsse man bei Bauprojekten genau auf die Finger schauen, mahnte die Zürcher SP-Nationalrätin Jacqueline Badran am 11. Januar an einem öffentlichen Vortrag in Basel. Badran, ausgewiesene Expertin für Bodenökonomie und lange Mitglied der Zürcher Stadtentwicklungskommission, sprach auf Einladung der Basler SP über Wohnpolitik. Sie hat schon als junge Gemeinderätin Erfahrungen mit Bauprojekten der SBB gemacht. «Der Grosse Rat sollte darauf achten, dass die SBB bei ihren Bauprojekten nicht bloss möglichst viel Kapital, sondern vor allem guten Lebensraum generieren», sagt Badran. Sonst laufe Basel Gefahr, die gleichen Fehler wie Zürich zu machen.

Badran meint damit die Überbauung Europaallee gleich neben dem Haupt-

bahnhof. Seit fünf Jahren werden im Quartier jährlich neue Gebäude fertiggestellt. Bis 2020 geht das so weiter. «Aus reiner Kapitalverwertungslogik stellen die SBB dort Klötze hin», formulierte es Badran. Sie kritisiert nicht nur die kühlen und ausladenden Fassaden, die auch von der Kritik von Architekten und Städtebauern nicht verschont bleiben.

Hotel als Wohnraum deklariert

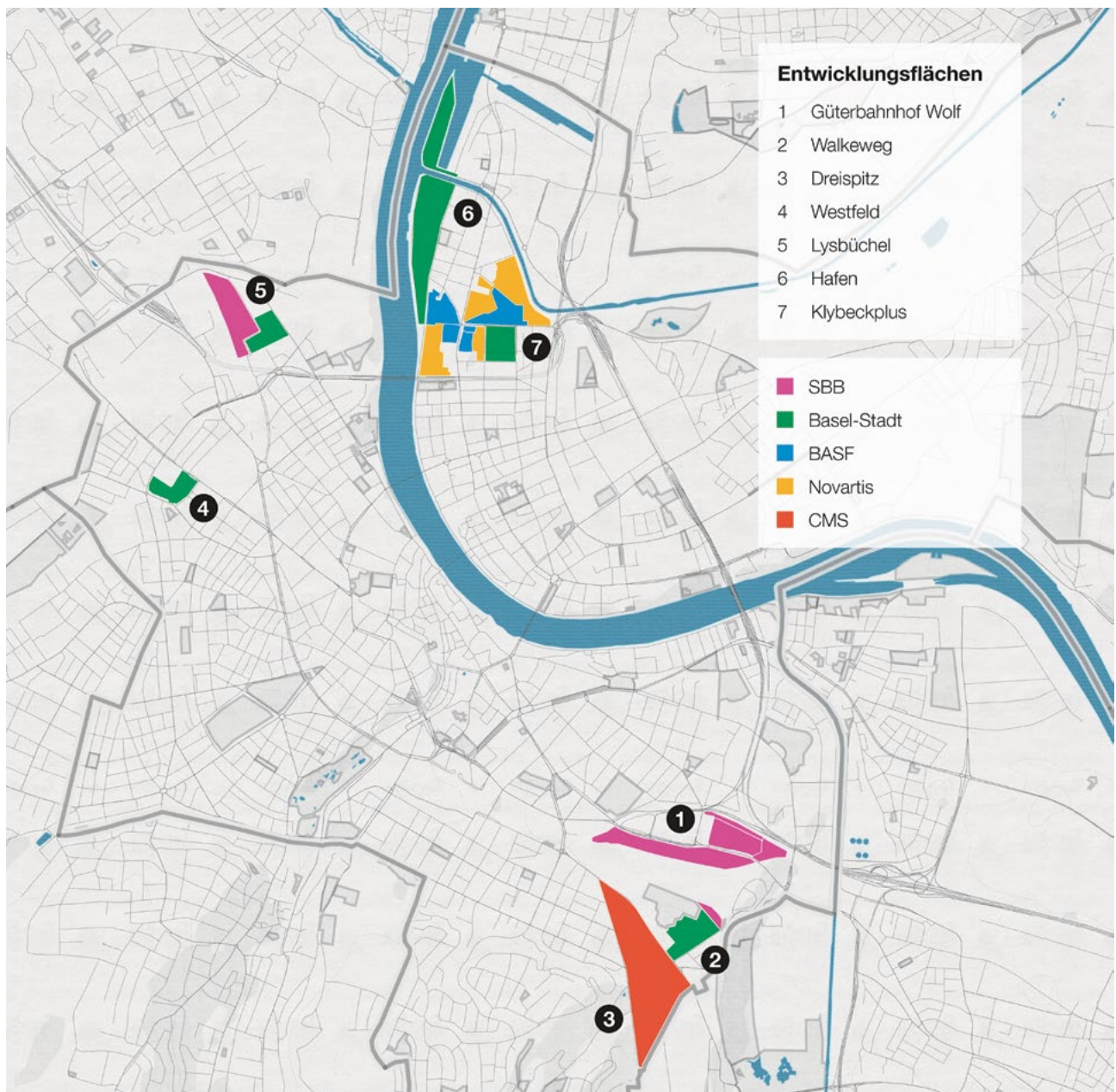
Badran ärgert besonders die Kosten-Nutzen-Rechnung für die Stadt. Man habe sich mit viel zu wenig zufrieden gegeben, sagt sie. Mit den SBB vereinbarte das Stadtparlament rund 30 Prozent Wohnraum – allerdings ohne diesen genauer zu definieren. Nun gibt es keine gemeinnützigen Wohnungen. Und weil die Stadt blauäugig gegen die geschickt verhandelnden SBB antrat, gibt es nicht einmal die erhofften 30 Prozent Wohnungen: Die SBB dürfen die 170 Zimmer eines Hotels zur Wohnfläche zählen, weil man bei den Verhandlungen nicht aufgepasst hat.

Derweil habe die öffentliche Hand wie immer fast sämtliche Infrastruktur bereitgestellt und auch bezahlt, sagt Badran. Und damit habe die Stadt den SBB zu einer weiteren Wertsteigerung ihres Landes verholfen.

Die Basler wollen sich nicht über den Tisch ziehen lassen. Hiesige Politiker pochen auf preisgünstigen und vor allem gemeinnützigen Wohnraum für Genossenschaften. Doch auch die Basler müssen bei den Verhandlungen auf der Hut sein. So hat die TagesWoche erfahren, dass die SBB im Vertrag lange auf der Formulierung bestanden haben sollen, gemeinnützige Wohnungen müssten «angeboten werden». Dagegen haben sich die Basler gewehrt: Ein Angebot allein reicht nicht – es braucht die Verpflichtung mit klaren Kriterien. Denn ein Angebot kann absichtlich so schlecht sein, dass es niemand wahrnehmen möchte. Danach wäre der Vertrag erfüllt, ohne dass auch nur eine gemeinnützige Wohnung gebaut wird.

Ein wichtiger und guter Partner seien die SBB dennoch – jedenfalls beliebter als Konzerne, die bloss auf steigende Bodenpreise spekulieren. «Denn anders als bei privaten Grundbesitzern kommen ihre Gewinne der Öffentlichkeit zugute», sagt Badran. Jährlich fließen 150 Millionen Franken aus den SBB-Immobilien in die Infrastruktur der Bahn. Mit den restlichen rund 80 Millionen Franken sanieren die SBB ihre Pensionskasse.

Warum also überhaupt Genossenschaften auf SBB-Grund fordern, wenn



hohe Renditen doch die Bundesbahnen unterstützen?

Das Problem liegt bei den hohen Boden- und damit Mietpreisen. Eine Studie der Raiffeisenbank zeigt, dass die Schweizer Mieten um bis zu 40 Prozent zu hoch sind. Wollen die SBB ihre Gewinne ungebremst maximieren, tragen sie zum weiteren Anstieg der Mietpreise bei. Dagegen zeigt die jüngste Untersuchung des Bundesamts für Wohnungswesen, dass die Mieten in Genossenschaften um gut 15 Prozent unter den Marktpreisen liegen. Allein als Konkurrenten renditeorientierter Vermieter bremsen Genossenschaften also den Anstieg der Mietpreise.

Von den SBB genossenschaftliche Wohnflächen und preisgünstigen Wohnraum einzufordern, sei legitim, meinen gleich mehrere Stimmen. Einerseits weil die SBB vollständig im Besitz des Bundes seien. Daher sollten sie «gewisse Richtwerte, was die Mischung von Wohnbauträgern und Wohnungspreisen angeht, von sich aus und selbstverständlich einhalten», sagt Courvoisier.

Für Badran stehen die SBB in der Schuld der Allgemeinheit: «Weil sie das Land, das sie heute renditeorientiert bewirtschaften wollen, früher geschenkt bekommen haben.» In den Anfangszeiten der Eisenbahn förderten die Gemeinden ihre Wirtschaft mit Landgeschenken an die SBB und ihre Vorgängerinnen als Gegenleistung für den Bahnanschluss.

Auch bürgerliche Politiker können den Anspruch zumindest nachvollziehen. «Die Forderung, dass die SBB auf ihren Arealen auch günstigen Wohnraum erstellen, ist verständlich», sagt FDP-Grossrat und Geschäftsführer des Hauseigentümergegenvereins (HEV) Andreas Zappalà. Trotzdem seien die SBB nicht anders als private Investoren anzusehen. Vorgegebene, genau definierte Flächen hält er für unnötig: «Es macht in meinen Augen keinen Sinn, eine feste Anzahl Genossenschaften oder eine fixe Quadratmeterzahl für den gemeinnützigen Wohnraum festzulegen.» Es reiche aus, wenn der Kanton eine Durchmischung verschiedener Wohnraumtypen vorgebe.

Keine Angaben zu den Mieten

Mit den Vorwürfen der TagesWoche konfrontiert, verweisen die SBB in knappen Antworten auf ihren Flyer zum Thema preisgünstiges und gemeinnütziges Wohnen. Darin halten sie fest, dass Genossenschaften langfristig etwa ein Drittel der Wohnflächen ihrer Immobilien bewirtschaften können.

Allerdings bezieht sich dieser Wert auf das gesamte Wohn-Portfolio der SBB. Wie gross der Anteil des gemeinnützigen Wohnens an den einzelnen Standorten sein soll, ist dem Papier nicht zu entnehmen. Dasselbe gilt auch für die Kategorie «preisgünstiges Wohnen», das insgesamt rund 22 Prozent des künftigen Portfolios ausmachen soll. Ausserdem wollen sich die SBB nicht festlegen, um wie viel diese Mieten unter dem Marktwert liegen sollen.

Was die Gestaltung ihrer Liegenschaften, etwa an der Europaallee, angeht, möchten die SBB selbst noch kein abschliessendes Urteil fällen. Das Projekt sei erst zu zwei Dritteln realisiert. Ausserdem verweisen sie auf Kritiker, die trotz aller Skeptik von Fassadenkust auf Weltniveau sprechen. Also sei möglicherweise doch nicht viel falsch gemacht worden, schreibt Sprecher Reto Schärli. Das Quartier sei aus Sicht der SBB jetzt schon lebendig.

Die SBB vermeiden es tunlichst, sich auf konkrete Zahlen zu verpflichten – sowohl was die Mietpreise angeht als auch bei der Gestaltung der Entwicklungsflächen. Rechtlich ist dies auch nicht zwingend: Die Verpflichtung gegenüber der Öffentlichkeit ist nur eine moralische.

Das wissen die SBB und setzen den Hebel an. So drohten sie bereits mit einer Brache, falls ihre Vorstellungen vom künftigen Lysbüchel-Areal nicht oder zu wenig berücksichtigt würden. Sollte der Grosse Rat den Bebauungsplan ablehnen, würden die SBB einen Zaun um ihr Gelände errichten und die Bewirtschaftung um zehn Jahre verschieben, berichtete die «bz Basel».

Die SBB drohen mit einer Brache, falls ihre Lysbüchel-Planung nicht berücksichtigt wird.

Brachen auf den ohnehin seltenen Entwicklungsflächen: Damit kann man in Basel Druck aufsetzen. Wenn sich das Wachstum wie bisher fortsetzt, braucht die Stadt viel mehr Wohnungsbau als bisher. Grossrat Thomas Grossenbacher (Grüne), Mitglied der Bau- und Raumplanungskommission, schätzt: «Aufgrund der Entwicklung sollen mindestens 1000 neue Wohnungen pro Jahr gebaut werden.» Bis 2035 würde Basel so wieder die Einwohnerzahl von 1970 erreichen. Damals lebten 235 000 Menschen hier.

Ohne private Investoren sei die Verdopplung der Zahl neuer Wohnungen pro Jahr nicht zu machen. Die dafür notwendigen Flächen gibt es tatsächlich. Auf dem Dreispitz, der im Besitz der CMS ist, sollen Hunderte Wohnungen gebaut werden, auch für Genossenschaften. Ebenfalls aktuell wollen Novartis und BASF ihre Liegenschaften auf dem Areal Klybeck plus weiterentwickeln. Die Parzellen der beiden Grosskonzerne zusammen ergeben gar eine grössere Fläche als die der SBB. Schon deswegen könnte der Kanton die SBB mit ihrer Drohung ins Leere laufen lassen.

Allerdings ist das Problem im Areal Klybeck plus das gleiche: Eigentlich würden Genossenschaften und günstiger Wohnraum den Mietpreisen in der Stadt gut tun. Dieser Meinung war auch die Mehrheit der Teilnehmer beider Beteiligungsverfahren zur Arealentwicklung. Sie sprachen sich ausdrücklich für gemeinnützigen Wohn-

raum mit Genossenschaften aus. Dafür soll sich die Stadt einsetzen, notfalls indem sie Grundstücksteile kauft.

Das Resultat sieht anders aus: Aus den Verhandlungen mit den Grosskonzernen resultieren 50 Prozent der Flächen für Wohnen – und davon nur ein Anteil von 15 Prozent für günstiges Wohnen. Von gemeinnützigem Wohnraum ist gar keine Rede.

Gemeinnütziges Wohnen ist möglich

Patricia Bernasconi, Co-Präsidentin des Mieterverbands, können solche Verhandlungsergebnisse nicht überraschen. «Der Regierungsrat verfolgt die Strategie, den günstigen Wohnraum über Genossenschaften zu fördern und renditenorientierte Investoren frei gewähren zu lassen.» Ihrer Meinung nach fehlen in Basel die nötigen gesetzlichen Instrumente zur Förderung günstigen und genossenschaftlichen Wohnraums.

Die Städte Zug und Genf betreiben Wohnraumförderung über spezifische Bauzonen. Besonders das Modell der Stadt Zug scheint zu funktionieren. Die Zone für preisgünstigen Wohnbau sieht vor, dass 50 Prozent der Geschossfläche preisgünstig zu vermieten ist. Wie viel der Mieter bezahlt, legt der Stadtrat fest. Um den Neubau in solchen Wohnzonen attraktiv zu halten, dürfen die Besitzer die Fläche um 10 Prozent mehr ausnützen.

In Basel kann der Staat dagegen nur über Nutzungspläne direkten Einfluss nehmen. Zum Beispiel über den Bebauungsplan, den die Bau- und Raumplanungskommission für das Areal Lysbüchel aktuell bespricht. Vorschreiben lassen sich aber höchstens Wohnanteile. Die Festlegung der Mieten im Neubau ist dem Investor überlassen. Zu grosse Eingriffe treffen ausserdem auf Widerstand, zum Beispiel beim Hauseigentümergegenverband. So hält Zappalà zu häufigen Sonderregelungen über Bebauungspläne für «eine Verwässerung des geltenden Baugesetzes und des Zonenplans».

Den Plänen der SBB, ihre Rendite zu maximieren und zur Durchsetzung ihrer Interessen notfalls einen Baustopp zu verhängen, sei die Stadt dennoch nicht hilflos ausgeliefert, ist Grossrat Grossenbacher überzeugt: «Wir können es uns im Grunde leisten, kleinere Brachen wie beim Lysbüchel im schlechtesten Fall hinzunehmen.» Neben den Optionen auf dem Klybeckareal habe Basel auch eigene Flächen, die sich umnutzen und entwickeln liessen: am Walkeweg auf dem Wolf und am Hafen.

Hier könnte der Kanton gar durchweg gemeinnütziges Wohnen möglich machen, ohne sich in Verhandlungen mit privaten Besitzern oder Bundesbetrieben durchsetzen zu müssen. Wie etwa im Westfeldquartier: Die künftigen Bewohner dieser Liegenschaften berappen mit ihren Mieten keine Renditen, sondern lediglich den Baurechtszins an den Kanton, von dem alle profitieren.

Die beste Partnerin für eine nachhaltige Stadtentwicklung beim Wohnungsbau ist sich die Stadt immer noch selbst. ×

SP-Nationalrätin Jacqueline Badran erklärt, warum der Staat wo immer möglich Boden kaufen und gemeinnützig freigeben sollte.

«Das grösste Business der Schweiz»

von Gabriel Brönnimann

Jacqueline Badran hat schon als junge Zürcher Gemeinderätin Erfahrungen mit Bauprojekten der SBB gemacht. In ihrem Schwerpunktthema Boden- und Wohnpolitik ist sie eine der profiliertesten Stimmen des Landes. Wir trafen sie anlässlich eines Gesprächs über Wohnpolitik, zu dem die SP Basel eingeladen hatte.

Jacqueline Badran, in Basel verschärft sich seit einigen Jahren ein Problem, das Zürich schon länger kennt: Die Leerstandsquote liegt praktisch bei null, Mieten steigen, Mieter werden per Luxussanierungen vertrieben, Normalverdienende können sich kaum mehr Wohneigentum leisten...

Ja. Ein Phänomen in der ganzen Schweiz. Die Mieten sind in der Schweiz mittlerweile 40 Prozent zu hoch. Das sage nicht ich, das sagt die Raiffeisen-Bank in ihrer Studie vom letzten März.

Wie kann das sein?

Weil das Mietrecht nicht greift. Das sieht ja eine «Kostenmiete Plus» vor: Ein Besitzer darf keine überhöhte Rendite machen. Sie darf ein halbes Prozent des Referenzzinssatzes nicht überschreiten. De facto haben wir in der Schweiz also einen illegalen Zustand. Alle heischen zu viel. Jedes Inserat, das mit «sechs Prozent Nettorendite» wirbt, ist illegal.

Warum geschieht da nichts?

Weil man das Vergehen aktiv einklagen muss – sprich, der Mieter muss seinen Vermieter einklagen und die ganze Beweislast liegt bei der Mietpartei. Das ist praktisch

unmöglich: Man müsste ja alle Dokumente des Besitzers haben. Die Durchsetzbarkeit ist also nicht gegeben. Das war früher besser.

Inwiefern?

Man hat sich daran gehalten – und das nicht zufällig. Bis in die späten 70er-Jahre gab es die Mietpreiskontrolle. Es wurde auch von Amtes wegen kontrolliert, dass keine überhöhte Rendite erzielt wird. Auch Bürgerliche – etwa die CVP – hatten sich immer für die Mietpreiskontrollen starkgemacht.

Was waren die Argumente?

Simple Ökonomie: Wenn die Leute zu viel Miete bezahlen müssen, kommen die Unternehmen unter Lohndruck – und damit wird ihre Wettbewerbsfähigkeit im Export-Business bedroht. Das gilt es zu verhindern. Zudem sah man ein, dass mit hohen Mieten Kaufkraft vernichtet wird, der grosse Treiber des Wirtschaftswachstums. Eigentlich muss man sagen: Die Politik hat damals mehr von Ökonomie verstanden als heute.

Es waren die besseren Volkswirtschaftler?

Um Welten besser! Und das, obwohl heute alles ökonomisiert ist.

Was hat sich verändert?

Es lässt sich teilweise mit der 2. Säule erklären: Die Pensionskassen begannen, in Immobilien zu investieren. Der Anlage-Druck stieg. Aber mit diesem Argument muss man aufpassen: Im Portfolio der PKs sind vielleicht 20 Prozent Immobilien, das erklärt längst nicht alles. Vielmehr hat es mit der Kapitalverwertungslogik zu tun, die sich ab den 80er-Jahren über alles ge-

stülpt hat – Reaganismus, Thatcherismus, weniger Staat, das ganze Blabla. Bei uns kann man den wirtschaftspolitischen Bruch ja ganz genau datieren.

Auf welches Datum denn?

1998. Es war die Zeit der ersten grossen Privatisierungen und Teilprivatisierungen – und am 1. Januar 1998 trat die Unternehmenssteuer I in Kraft. Bis da hatten wir generell eine sehr nachfrageorientierte Wirtschaftsform, die zum Aufstieg der Mittelschicht führte. Produktivitätsgewinne wurden an die Angestellten weitergegeben und flossen nicht wie heute ans Kapital – die Eigentümer. Die Änderungen im Schweizer Wirtschafts- und Steuersystem sollten weitreichende Folgen haben.

Welche?

Konsum und Arbeit waren traditionell sehr tief besteuert. Dafür war das Kapital hoch besteuert. Mit der Unternehmenssteuerreform I kam die Wende. Seither wird das Kapital immer mehr entlastet, Konsum und Arbeit werden belastet. Man muss sich das mal vorstellen: Sämtliche Schweizer Errungenschaften – Eisenbahn, Wasser, Strom, Schulen, Gesundheit, Post, die SRG – wurden gemeinschaftlich finanziert und errichtet. Die wichtigsten Güterklassen waren der Kapitalverwertungslogik bis weit in die 80er-Jahre entzogen – die Schweiz hatte den Kapitalismus schon überwunden (*lacht*). Wunderbar! Dann hat man das wieder aufgeweicht. Und macht immer weiter. Dieses Mainstream-Denken ist meines Erachtens brandgefährlich und unschweizerisch.

Aber wir haben doch direkte Demokratie. Trotzdem scheint es schwer,

Jacqueline Badran (*1961) hat Abschlüsse in Biologie und Ökonomie/ Staatswissenschaften sowie das Skilehrerpatent. Die SP-Nationalrätin (seit 2011) gehört der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie an.



«Das Problem ist, dass die Politik den Boden heute wie Joghurt behandelt.»

FOTO: ELENI KOUGIONIS

den Immobilienmarkt zugunsten der Bevölkerung zu regulieren...

Moment. Das ist ja gar kein Markt.

Wie, kein Markt?

Das ist das Problem. Kaum ein Politiker hat mehr eine Ahnung von fundamentaler Bodenökonomie – ein eigenes Fachgebiet – und weiss, was das wirtschafts-, demokratie- und sozialpolitisch überhaupt bedeutet. «Das regelt der Markt», jaja. Was soll das denn für ein Markt sein? Wenn die Leute mehr Joghurt essen, was machen die Produzenten? Mehr Joghurt. Und wenn die Nachfrage nach Joghurt wieder sinkt, dann produzieren sie weniger. Das ist Markt. Aber Boden? Sie können dieses Gut ja nicht vermehren. Das Problem ist, dass die Politik den Boden heute wie Joghurt behandelt.

«Man kann doch nicht ohne Leistung Gewinn einfahren und dann von «Wirtschaft» und «Markt» sprechen.»

Wie sollte sie ihn denn behandeln?

Boden- und Wohnpolitik ist reine Wirtschaftspolitik, nichts anderes. Es handelt sich um eine spezielle Güterklasse. Man kann ja nicht nicht wohnen, nicht keinen Boden beanspruchen. Das nennt man in der Ökonomie «Zwangskonsum». Eine existenzielle Güterklasse, wie Wasser und Luft. Und wie gesagt: Die gesetzlichen

Grundlagen dafür, dass auf diesem leistungsfreien Gut kein übermässiger Profit gemacht werden darf, die sind im Mietrecht ja vorhanden. Sie werden nur nicht durchgesetzt.

Weil es eben doch ein lukrativer Markt ist für die Wirtschaft?

Hören Sie mir überhaupt zu? Was soll denn Boden für ein Wirtschaftszweig sein? Boden ist ein leistungsfreies Gut. Sind wir denn nun eine Leistungsgesellschaft oder nicht? Man kann doch nicht ohne Leistung einfach Gewinn einfahren und dann von «Wirtschaft» und «Markt» sprechen. Es wird ja gar nichts produziert! Schon interessant: Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks haben die neoliberalen Ökonomen gesagt: Alles sofort privatisieren, alles liberalisieren – ausser Wasser und Boden. Den Boden aber nur in langfristiger Pacht herausgeben. Boden generiert eine leistungsfreie Bodenrente. Wer den Boden kontrolliert, kontrolliert alles. Das wussten schon die Feudalherren, die ihren «Zehnten» kassierten. Man kann es drehen und wenden, wie man will, zuletzt zählt beim Boden nur die Frage: Wem gehört er? Es gibt zwei Formen von Eigentumsverhältnissen, die meiner Meinung nach legitim sind.

Welche?

Das selbstbewohnte Eigentum: Dann hast du immerhin die Bodenrente sistiert für eine Weile. Oder eben die gemeinnützige Nutzung, sprich, ein Verband von Menschen, der sich freiwillig an die Kostenteile hält. Deshalb ist Bodenpolitik in ihrem Kern Finanz- und Steuerpolitik. Und immer auch Gesellschaftspolitik, weil

eben alle Boden brauchen. Deshalb muss der Staat wo immer möglich Boden erwerben und ihn gemeinnützig freigeben.

Das bringt eine Verbesserung?

Sie glauben gar nicht, um wie viel Volksvermögen es hier geht. Ein Gedankenexperiment: Angenommen, der Staat würde den ganzen Schweizer Boden und sämtliche Immobilien darauf erwerben. Wissen Sie, wie viel das alles wert ist?

Keine Ahnung. Wie viel?

4 Billionen Franken. Das sind 4000 Milliarden. Die Schweizer Maschinenindustrie ist vielleicht 600 Milliarden Franken wert. Das zeigt doch, wovon wir hier reden. Nicht von Kleingemüse.

Klingt eher nach dem Hauptgang.

Es ist das grösste Business der Schweiz, mit Abstand. Würde der Staat, also wir alle, alles besitzen und den Nutzern zu zwei Prozent Nutzungsgebühr überlassen, könnte die Schweiz sämtliche Steuern abschaffen. Und man hätte immer noch mehr Einnahmen als heute. Wenn der Staat der Grundbesitzer ist, kann er sich zu 100 Prozent darüber finanzieren.

Es ist ja nicht immer ganz einfach für den Staat, Boden zu erwerben. Gerade weil er so teuer ist. Im Basler SP-Positionspapier steht die Formulierung, die Stadt solle möglichst viel Boden kaufen, «unter Berücksichtigung der finanziellen Verhältnismässigkeit». Weil man gegen Private halt doch oft den Kürzeren zieht...

Dieses Argument zählt nicht. Der Staat muss immer zuschlagen. Sonst ist das eine Veruntreuung von Volksvermögen.

Ach ja?

Boden rechnet sich mittelfristig immer! Das Syngenta-Areal hat Basel ja auch erst verpasst, später kaufte man es zum doppelten Preis zurück. Wenn der Staat nicht kauft, dann ist das Veruntreuung von Steuergeldern. Das Argument, der Staat dürfe ja nicht zugreifen, ist übrigens genauso alt wie falsch. In den Zürcher Ratsprotokollen kann man nachlesen, dass die FDP schon in den 1950er-Jahren ein Problem damit hatte, als die Stadt im Kreis 5 für 200 Franken den Quadratmeter Land kaufte. «Viel zu teuer!», hiess es. Heute ist das Land 5000 Franken Wert. Es ist wirklich egal, wie viel man für Boden bezahlt. In Opportunitäten gerechnet, rentiert es mittelfristig besser als jede alternative Anlage wie zum Beispiel Aktien. Und zwar für alle.

Die Immobilien-Lobby dürfte das anders sehen, und gegen die hat man wohl keinen leichten Stand.

Im Gegenteil. Man kann noch viel mutiger auftreten. «Boden behalten, Basel gestalten», eure Bodeninitiative, erreichte einen Ja-Anteil von 67 Prozent. Meine 33-Prozent-Initiative in Zürich, also die Erhöhung des Genossenschaftsanteils von 25 auf 33 Prozent: 76 Prozent Ja-Anteil. Wir haben in der Stadt Zürich ein rot-grünes Potenzial von 49 Prozent. Woher kommen denn die restlichen 27 Prozent? Gemeinnützige Bodenpolitik ist in der Schweiz absolut mehrheitsfähig! Egal ob in Biel, in Emmen – SVP-Land par excellence – oder in Luzern: Jede Vorlage kommt durch, wenn es ums Wohnen geht.

Weshalb ist das so?

Einmal abgesehen von der historischen Entwicklung – die Genossenschaft ist ja eine urschweizerische Tradition – ist die Sensibilität der Leute derzeit sehr hoch. Nur noch zehn Prozent der Bevölkerung kann sich potenziell Wohneigentum leisten. Diese Zahl lag noch vor wenigen Jahren bei 40 Prozent.

Und bei vielen macht die Miete längst mehr als den empfohlenen Drittel des Budgets aus...

Und das macht sich dann gesellschaftspolitisch bemerkbar. Diejenigen, die Kinder haben, merken das: Plötzlich müssen beide voll arbeiten, nur, um die Miete bezahlen zu können. Das sind Eingriffe in die Freiheit der Lebensgestaltung der Leute – der Leidensdruck nimmt zu. Wer nicht persönlich betroffen ist, hört es aus seinem Verwandten- oder Bekanntenkreis: «Meine Tochter / meine Cousine / der Kollege, die oder der hat erzählt von dem Verkauf, der Luxus-Sanierung, dieser Verteuerung», das hört gar nicht mehr auf. Bei der Seelsorge in meinem Quartier sagen die Pfarrer: Die grösste Angst der älteren Bewohner ist der Verlust der Wohnung. Man muss sich das mal vorstellen: Man lebt sein ganzes Leben im gleichen Quartier, war im Verein, hat immer brav die Steuern bezahlt – und dann verjagt man dich. Zieh Leine, du rentierst nicht mehr. Und dann landet man in einer Gemeinde, wo man keinen kennt. Heimatverlust.

Wenn der Boden vom Staat gemeinnützig, sprich, für Genossenschaften im Baurecht frei gegeben wird: Rechnet sich das wirklich?

Wo, glauben Sie, gibt es den grössten Steuerertrag pro Quadratmeter? Im Villenquartier? Falsch. Bei den Genossenschaften. Das gilt für Zürich, für Luzern und für Basel. Alle, die gegen Genossenschaften argumentieren, weil man ja «die guten Steuerzahler» will, lesen zu viel Unsinn statt ökonomische Tatsachen. Eine Genossenschaft ist ja ein Prinzip, das hat nichts mit Armengenössigkeit zu tun! Vor allem aber spült es Jahr für Jahr Baurechtszinsen in die Gemeindekassen und das Volksvermögen steigt stetig an.

Was macht man denn, wenn ein Areal – wie jetzt das Lysbüchel – zu zwei Dritteln nicht der Stadt, sondern den SBB gehört?

Die SBB sind ja einerseits Volksvermögen, andererseits haben sie eine Renditevorgabe vom Bund. Deshalb muss man als Stadt gut schauen, dass die SBB nur einen Teil der Wohnfläche renditeorientiert nutzen und einen Teil für gemeinnütziges Wohnen abgeben.

« Gemeinnützige Bodenpolitik ist in der Schweiz absolut mehrheitsfähig. »

Das hat aber in Zürich bei der Europaallee nicht geklappt.

Bei der Europaallee haben wir es total vergeigt. Ich war damals frisch im Gemeinderat, hatte noch nicht viel verstanden. Die Fraktion war sehr stolz: Wow, wir haben 30 Prozent Wohnanteil rausgeholt! Statt 20! Und einen etwas breiteren Strassenraum und etwas mehr Freiflächen für die Bevölkerung! Und was hat es der Bevölkerung gebracht? Nichts. Zum «Wohnanteil» durften die SBB, weil niemand das ausgeschlossen hatte, auch das Hotel rechnen. Und die wenigen Wohnungen sind unbezahlbare Luxus-Dinger.

Da will man in Basel besser aufpassen. Laut dem Basler SP-Papier soll Basel-Stadt neu Genossenschaftsanteile erwerben, um für ein günstigeres Mietzinsniveau zu sorgen, weil gerade Familien und finanziell Schwache...

Das ist eine schlechte Idee.

Warum? Finanziell schlechter gestellte Menschen haben doch oft keine Chance auf eine Genossenschaftswohnung.

Wohnpolitik ist Wirtschaftspolitik. Nicht Sozialpolitik. Mich stört es, wenn Wohnpolitik immer gleich in die sozialpolitische Ecke gerät. Die richtige, nämlich die gemeinnützige Wohnpolitik, hat einfach einen erwünschten sozialpolitischen Nebeneffekt. Genossenschaften sind private Veranstaltungen, das macht sie ja aus. Sie müssen durchmischte sein, für alle zu-

gänglich, nicht nur für «die mit dem kleinen Portemonnaie».

Was macht Genossenschaftswohnungen denn besser als, sagen wir, die Wohnungen einer Pensionskasse?

Wenn eine Genossenschaft eine 3-Zimmer-Wohnung für 2500 Franken baut, würde eine PK an derselben Lage eine für 3000 Franken hinstellen. Bei der PK würde die selbe Wohnung 20 Jahre später 5000 Franken kosten. Die Genossenschaftswohnung kostet dann noch immer 2500 Franken. Alles ist besser als renditeorientiert. Klar, was man machen kann, sind Auflagen, um das Soziale aufzufangen. Aber da muss man aufpassen und darf nicht übertreiben.

Wie meinen Sie das?

Wenn man sagt: Fünf bis zehn Prozent der Genossenschaftswohnungen werden subventioniert, damit man vergünstigte Mieten anbieten kann, dann mag das ja noch gehen. Aber höhere Anteile, wie das in Zürich etwa die Alternative Liste fordert, sind einfach nicht gut. Die Schweiz ist durchmischte, man will ja weder ein Armen- noch ein Reichen-Ghetto. Mit zu hohen Subventionsanteilen hat man den hohen Ausländeranteil und das Prekariat ja schon programmiert. Das muss man besser verteilen.

Basel kennt keine Subventionen für Wohnungen, wie es sie in Zürich gibt. Neu will die SP auch in Basel die Objekthilfe wieder einführen.

Wie genau?

Eben durch Subventionierung von Genossenschaftsanteilen – und die Erstellung von preisgünstigem Wohnraum durch Immobilien Basel-Stadt.

Ui. Grundsätzlich ist der Wechsel auf Objekthilfe ja zu begrüssen. Aber dann muss man die Subjekthilfe *komplett* streichen. Und es ganz anders machen, als hier vorgeschlagen.

Warum soll man die Subjekthilfe streichen?

Wer profitiert denn von der Leistung, wenn der Staat einen Beitrag an das Wohnen bezahlt? Richtig: Der Empfänger liefert alles ab an den Immobilienbesitzer. Subjekthilfe, das ist faktisch die Subventionierung der Immobilienbranche. Wenn man stattdessen mit dem Geld Immobilien kaufen würde – die Stadt profitiert bei der Bank von grossartigen Konditionen und erhält etwa 90 Prozent Kredit –, dann könnte man für den zehnfachen Betrag Immobilien kaufen und die Unterstützungsberechtigten gratis wohnen lassen, während sie über die ordentlichen Mieten quersubventioniert würden. Das käme günstiger.

Und warum soll die Stadt Basel keine günstigen Wohnungen bauen?

Ich bin grundsätzlich gegen staatlichen Wohnungsbau. Genossenschaften sind viel besser. Mit staatlichen Wohnungen kommt sofort das Zuteilungsproblem. Wer soll sie bekommen? Man entfernt sich von der Gemeinnützigkeit als Prinzip. Denn

niemand – auch nicht der obere Mittelstand – darf gezwungen werden, irgendjemandem Gewinne abzuliefern für ein Gut, das man zwangskonsumieren muss. Das ist ja der eigentliche Punkt. Wenn die Stadt selber baut, wird sie zum Spielball der Politik. Was ist in 40 Jahren? Mit anderen Mehrheiten? Die stillen Reserven können sehr verlockend sein, um rasch eine Bilanz zu sanieren. Mit der Abgabe des Baurechts in die Gemeinnützigkeit ist der Boden für alle Zeiten gesichert. Abgesehen davon sind Genossenschaften privat. Die können selber schauen, sie haben ihre eigenen Reglemente und Massnahmen. Auch das ist wichtig.

Was soll man denn Ihrer Meinung nach tun, damit Wohnen auch für Bedürftige erschwinglich wird?

Die Stadt Basel kann für Sozialfälle einzelne Liegenschaften aus dem Bestand kaufen, das geht. Aber Finger weg von grossen Liegenschaften und Bauprojekten. Dafür möglichst viel Boden dem Volksvermögen zuführen und für genossenschaftliches Wohnen im Baurecht freigeben. In Zürich verbilligt der Kanton Wohnungen, indem er bei Wohngenossenschaften gezielt Wohnungen verbilligt. Genossenschaften hatten einen Anteil von rund 5 bis 10 Prozent an solchen Wohnungen. Hätte die Stadt nicht seit Jahrzehnten

Land gekauft und an Genossenschaften abgegeben, wären wir längst Monaco am See. Wir sind nach Wien auf dem zweiten Platz, was den Anteil von gemeinnützigem Wohnraum in Europa betrifft, und teilen uns das Spitzenranking bei der Standortqualität. Das ist kein Zufall. Aber man muss dann schon komplett auf die Subjekthilfe verzichten.

«Die Immobilienbranche ist die am besten subventionierte Branche überhaupt.»

Das Basler SP-Papier verlangt ausdrücklich mehr gemeinnützigem Wohnungsbau. So soll vom geplanten Wohnraum für 30 000 Menschen bis 2035 «die Hälfte der Wohnflächen dem gemeinnützigem Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden».

Auf welchem Land?

Auf Land, das die Stadt erwirbt: Angestrebt wird möglichst viel Grundbesitz durch den Kanton, da so Areale «der Spekulation entzogen und nachhaltig entwickelt» werden könnten.

Nur die Hälfte für gemeinnützigem Wohnungsbau auf städtischem Boden? Ganz schlecht. Auf dem eigenen Areal immer 100 Prozent gemeinnützig, alles andere geht nicht. Man kann doch keine Zwei-Klassen-Gesellschaft auf demselben Areal schaffen, ausser man muss, weil einem nicht das ganze Areal gehört. Aber sonst kriegt man nur Probleme: «Warum hat der jetzt die gleich grosse Wohnung, zahlt aber 1000 Franken weniger als ich?» Das ist einfach nicht in Ordnung.

Finden Sie denn irgendetwas gut am Basler SP-Wohnpapier?

Aber klar!

Was denn konkret?

Fragen Sie mich konkret, das Papier ist ja 17 Seiten lang, da steht viel Gutes drin.

Der Kanton soll ein Vorkaufsrecht erhalten für Grundstücke, die frei werden.

Das ist krass – aber richtig gut.

Wenn ein privater Investor zum Zug kommt, muss er sich an den Infrastrukturkosten beteiligen.

Das ist sehr gut. Private Bautätigkeit löst immer steuerfinanzierte Infrastrukturkosten aus, die schnell dreistellige Millionenhöhe erreichen können. Das macht übrigens die Immobilienbranche zur bestsubventionierten Branche überhaupt. Da sind die Bauern nichts dagegen. ×

«Total vergeigt.» Die SBB fanden ein Schlupfloch, um den Wohnanteil an der Europaallee zu senken.

FOTO: CHRISTIAN SCHNUR





Viele Stiefel und zwei nackte Füsse. Handy-Video des Polizeieinsatzes.

Polizei

Ein Grossaufgebot löst eine WG-Party auf und nimmt fünf Personen fest. Diese wollen nun gegen die Polizei vorgehen.

Zwei Nächte Knast für etwas Lärm

von Jeremias Schulthess

Lino Bally sitzt in der Wohnung an der Mattenstrasse, wo die Party stattfand, und erzählt, was sich am Samstag vor knapp zwei Wochen abgespielt hat: «Wir wollten einen Freund überraschen, der ein halbes Jahr im Ausland war. Etwa 30 Leute kamen in die WG, wir hatten einen DJ, die Stimmung war heiter und es war sicher laut.»

Um Mitternacht kam die Polizei. Der DJ drehte die Musik leise, die Gäste schauten aus dem dritten Stock auf die Strasse und sprachen mit den Polizisten. Sie sollten die Musik ausmachen, erklärten diese. Die Feiernden kamen dem Wunsch nach.

Doch kaum war die Polizei fort, wurde die Musik wieder laut. «Wir haben die Party in ein anderes Zimmer verlegt, um für die Nachbarn die Lautstärke zu dämpfen», sagt Bally. Um 3 Uhr kam die Polizei erneut – mit fünf Fahrzeugen, davon zwei Kastenwagen. Etwa 20 Polizisten seien schnurstracks zum Hauseingang gelaufen.

Was dann passierte, ist umstritten. Die Version von Bally geht so: «Einige gingen nach unten und versuchten beim Eingang mit der Polizei zu sprechen. Ich sagte einem Polizisten, dass die Musik bereits aus sei und wir die Party beenden. Ihn schien das nicht zu interessieren. Andere Polizisten versuchten, Leute durch die Türe nach draussen zu zerren. Als ich sah, wie Freunde von mir wie Schwerverbrecher abgeführt wurden, habe ich mich den Polizisten in den Weg gestellt: «Was macht ihr da?», habe ich gefragt. Darauf habe ich keine Antwort erhalten. Vielmehr wurde ich von hinten zu Boden gestossen und in Handschellen gelegt.»

Ein Handyvideo zeigt, wie Bally festgenommen wird. Polizeibeamte, zwei davon knien auf seinen Beinen, legen ihm Handschellen an. Bally trägt keine Schuhe, er habe sie zuvor beim Feiern ausgezogen.

Polizeisprecher Martin Schütz erklärt den zweiten Polizeieinsatz kurz vor 3 Uhr so: «Dort verhielten sich einzelne Personen dann aber nicht mehr so kooperativ wie

vorher; aus diesem Grund kam es in einem sich der Situation anpassenden Polizeieinsatz zu den fünf Anhaltungen und später Festnahmen. Während dieses Einsatzes musste die Kantonspolizei keine Mittel einsetzen; es wurde niemand verletzt.»

Schütz spricht davon, dass «die vorwiegend jungen Anwesenden der Partyszene und teilweise der linksextremen Szene zuzuordnen» gewesen seien. Diese Einschätzung führte wohl dazu, dass die Polizei mit verstärktem Aufgebot aufkreuzte.

Die Polizei fuhr die Festgenommenen zum Claraposten. Dort verblieb Bally nach eigenen Aussagen drei bis vier Stunden in der Ausnüchterungszelle. Er musste einen Alkoholtest machen, das Messgerät zeigte 0,8 Promille. Dann wurde er zur Staatsanwaltschaft (Stawa) an der Binnerstrasse gefahren, wo er eine Speichelprobe abgeben musste, weil «der dringende Verdacht einer schweren Straftat besteht», so steht es auf dem Merkblatt, das er erhielt.

Bei der Einvernahme am Sonntagnachmittag erfuhr der 24-Jährige, dass er und seine Freunde wegen Gewalt und Drohung gegen Beamte sowie Hinderung einer Amtshandlung festgenommen worden waren. Die Stawa entschied, sie über Nacht in Polizeigewahrsam zu behalten. Die Gründe dafür sind unklar.

«Nicht jeder kann sich wehren»

Am Montag um 8 Uhr früh wurde Bally freigelassen – nach etwa 28 Stunden in Gewahrsam. Die anderen vier kamen zeitlich gestaffelt frei, der letzte um 16 Uhr, nach zirka 36 Stunden. Festgenommene dürfen laut Gesetz 48 Stunden in Polizeigewahrsam gehalten werden. Danach ist ein richterlicher Haftbefehl notwendig.

Dass Bally und seine Freunde so lange in Haft ausharren mussten, ist für Christian von Wartburg unverständlich. Der Anwalt und SP-Grossrat vertritt sie und will allenfalls wegen unangemessener Gewalt gegen die Gesetzeshüter vorgehen.

«Bei massiver Gewalt gegen Polizeibeamte wäre ein längerer Aufenthalt in Polizeigewahrsam für mich nachvollziehbar», sagt er. Falls es bei den Vorfällen nur um Ruhestörung ging, sei der lange Aufenthalt «sicherlich nicht verhältnismässig». Dies selbst dann, «wenn bei diesem Einsatz ein Tatverdacht wegen Hinderung einer Amtshandlung entstanden wäre, weil die Beteiligten den Anweisungen der Polizei nicht sofort Folge leisteten».

Bally ärgert, dass er und seine Freunde als Linksextreme erbrandmarkt werden. «Dazu gibt es keinerlei Anlass. Ich bin Aktivismus sicher nicht abgeneigt – aber immer gewaltfrei. Genauso schätze ich die Besucher der Party an jenem Samstag ein.»

Er sei noch nie mit dem Gesetz in Konflikt gekommen und schliesslich wolle er sich auch deshalb gegen das Polizeivorgehen wehren, weil der Einsatz «völlig unverhältnismässig» gewesen sei. «Ich weiss: Nicht jeder kann sich gegen Polizeigewalt wehren. Wir sind privilegiert, darum müssen wir es auch tun.»

Die FDP Baselland findet, die Uni Basel könnte ruhig ein paar Fächer streichen. Nationalrat Christoph Eymann widerspricht den «fragwürdigen und nicht durchdachten Ideen» in einem Gastkommentar.

“

Der Präsident der FDP Baselland hat am Neujahrsapéro seiner Partei in den Räumen der Universität das bisherige Bildungsangebot infrage gestellt. Die Universität Basel soll seiner Meinung nach in Zukunft nicht mehr zwingend eine Volluniversität sein. Es müssten künftig nicht mehr alle bisherigen Fakultäten existieren. Es sei Studierenden aus der Region auch zumutbar, in Zürich oder Bern ein Studium zu absolvieren.

Bemerkenswert, dass diese Haltung nur wenige Wochen nach der Verabschiedung des Leistungsauftrags der beiden Trägerkantone durch den Landrat und den Grossen Rat öffentlich gemacht wurde. In diesem Leistungsauftrag an die Universität bekennen sich beide Basel zur Volluniversität. Die FDP Baselland scheint dies nicht zu kümmern, sie fordert munter einen weiteren Abbau des Bildungsangebotes an der Universität.

Noch vor einem Jahr hat dieselbe Partei verlangt, dass die Beiträge der Kantone, welche Studierende an die Uni Basel oder an eine andere Universität schicken, erhöht werden müssten und kostendeckend zu sein hätten.

Würden beide diese Ideen der FDP umgesetzt, müsste Basel-Landschaft künftig höhere Beiträge für seine Studierenden bezahlen, die dann auswärts studieren müssten. Falls dann vom Kanton noch Stipendien bezahlt werden müssten, weil auswärts studieren teurer ist, wäre die angestrebte Kostensenkung für Basel-Landschaft illusorisch.

Eine «Universität Schweiz» als Denkmodell wurde skizziert. Theoretisch tönt das gut. Doch um die Praxis und die Hochschulpolitik der letzten Jahre kümmert sich bei der FDP Baselland offenbar niemand.

Als es 2002 beiden Basel gelang, ein ETH-Institut nach Basel zu bringen, leistete vor allem der Kanton Zürich Widerstand. Man wollte einen damals relativ neuen Wissenschaftsansatz in Zürich platzieren. Es brauchte viel, die ETH und die Schweizerische Hochschulkonferenz für Basel zu gewinnen. Und es brauchte Geld, 20 Millionen der beiden Basel.



Christoph Eymann hat an der Uni Basel Jurisprudenz studiert. 16 Jahre lang stand er als Regierungsrat (LDP) dem Basler Erziehungsdepartement vor. Seit einem Jahr ist er Mitglied des Nationalrats.

Wenn jetzt verlangt wird, der Bund müsse die Angebote aller Universitäten koordinieren, wird übersehen, dass der Bund Juniorpartner ist, die finanzielle Hauptlast unserer Universität tragen die Kantone.

Kann vor diesem Hintergrund der Bund bestimmen, welche Fächer künftig an welcher Universität angeboten werden? Eine solche Verletzung der Autonomie der Hochschulen und der Kantone würde nicht akzeptiert. Das wäre nur dann realisierbar, wenn der Bund wesentlich mehr bezahlen würde, mehr als die Trägerkantone.

«Es ist zwingend nötig, dass seitens Basel-Landschaft rasch ein offizielles Bekenntnis zur Volluniversität abgegeben wird.»

Eine weit bescheidenere Erhöhung der Bundesbeiträge, wie sie im Nationalrat 2016 beantragt worden war, wurde aber von den bürgerlichen Parteien mehrheitlich abgelehnt, auch von solchen aus Basel-Landschaft. Auch mit Blick darauf ist es illusorisch, mehr Geld vom Bund zu fordern.

Hat der Parteipräsident der FDP Baselland tatsächlich die Hoffnung, die Universität Zürich und die ETH würden im Ab-

tausch mit Geisteswissenschaften zugunsten der Universität Basel auf Life-Science-Bereiche verzichten? Diese naturwissenschaftlichen Fächer sollten ja dann wohl – gemäss FDP-Präsident – in Basel gestärkt werden. Glaubt er, die Uni Bern, die grösser ist als unsere Universität, würde Fakultäten nach Basel verschieben? Andere Universitäten kämen für solche Konzentrationsprozesse ja kaum infrage.

Wenn Kooperationen erfolgen könnten, dann wäre dies nur in Teilbereichen möglich, Einsparungen liessen sich damit nicht erzielen, auch weil die infrage kommenden Studiengänge relativ wenig kosten.

Es muss nach mehr als zwei Jahren der Verunsicherung der Universitäts-Mitarbeitenden, hervorgerufen durch die Sparankündigung im Baselbiet, endlich Ruhe einkehren. Durch solch fragwürdige und nicht durchdachte Ideen wird jetzt das Gegenteil erreicht.

Vor allem innerhalb der Geisteswissenschaften, die von Exponenten der Bürgerlichen in Basel-Landschaft schon mehrfach infrage gestellt worden sind, kann von Planungssicherheit keine Rede sein. Wenn öffentlich diskutiert wird, ob gewisse Fächer an dieser Universität in Zukunft noch angeboten werden sollen, überlegt sich jede Professorin und jeder Professor gründlich, ob an dieser Hochschule Zukunftsperspektiven vorhanden sind.

Ein weiteres Argument gegen diese nicht durchdachte Forderung: Der zweitstärkste Wirtschaftsstandort der Schweiz, der seinen Wohlstand und sein reiches Kulturangebot zu einem grossen Teil dieser 557-jährigen Universität verdankt, sollte das Bildungsangebot nicht reduzieren.

Es ist zwingend nötig, dass seitens Basel-Landschaft ein offizielles Bekenntnis zur Volluniversität abgegeben wird – und zwar rasch. Es wäre schön, politische Parteien würden sich sorgfältig mit der Hochschulpolitik befassen. Es wäre auch schön, wenn eine starke Volluniversität Basel im geschätzten Nachbarkanton künftig wieder Fürsprecher hätte, so wie früher in Gestalt der Bildungsdirektoren Peter Schmid und Urs Wüthrich. ×

”



«Ich investiere mehr Zeit in die Politik als andere», sagt Kaspar Sutter von sich selbst.

FOTO: ALEXANDER PREOBRAJENSKI

Kaspar Sutter

Der SP-Politiker ist seit einem Jahr Mitglied im Grossen Rat – und dort bereits einer der Auffälligsten.

Genosse Überflieger

von Jeremias Schulthess

Kaspar Sutter, Haartolle und grüner Kapuzenpulli, kauert neben einem Siebenjährigen: «Hast du dir wehgetan?» Der Junge nickt. «Nur ein bisschen?» Wieder Nicken. Dann ist ja gut. Sutter kommt zum Gespräch mit dem Journalisten zurück. Wir befinden uns im Spiel-Estrich der Kaserne, umringt von Kindern.

Hier läuft gerade ein Experiment, eine perfekt inszenierte Politikampagne. Politiker und Pädagogen betreuen in den Neujahrsferien ehrenamtlich rund 30 Kinder, weil es ein solches Angebot in dieser Zeit sonst nicht gibt. Sutter, der die Idee dazu hatte, war auf allen Kanälen präsent. Sogar nationale Medien berichteten über das SP-Projekt – ein Erfolg auf ganzer Linie.

Denn der SP-Grossrat Sutter hatte im Sommer einen Vorstoss für Tagesbetreuung während den Schulferien eingereicht. Im Herbst überwies der Grosse Rat die Motion, und im Dezember kündigte der Regierungsrat bereits an, die Forderung ab Schuljahr 2019/20 umzusetzen. Damit hat der 42-jährige Newcomer im Grossen Rat

innerhalb weniger Monate geschafft, was mehrere Politiker vor ihm über Jahre vergeblich gefordert hatten.

Zufall? Wohl eher Cleverness und ein Gespür für Politmanagement. Oder wie Sutter es ausdrückt: «Ich weiss, wie der Politikbetrieb funktioniert.»

Eva Herzog als Vorbild

Im Alter von gerade mal 20 Jahren stieg der Pfarrerssohn Sutter in die Politik ein. Damals wurde er für die SP in den Allschwiler Einwohnerrat gewählt. Es folgten ein Studium in Wirtschaft und Staatswissenschaften und ein Praktikum bei den Sozialdemokraten im Europaparlament in Brüssel.

Danach kamen drei Jahre, in denen Sutter lernte, wie Politikampagnen funktionieren. Für die SP Schweiz schrieb er Slogans mit, etwa: «200 000 suchen Arbeit. Und CVP-Deiss geht baden.» Ein anderes Mal zeigte er Couchepin als Napoleon mit der Unterzeile: «Hände weg von unserer AHV, Majestät!»

Es war die Zeit, in der die SVP Jahr für Jahr zulegte, während die SP stagnierte. Sutter arbeitete als politischer Fachreferent für die SP Schweiz und reiste zu den Genossen nach Berlin, wo er sich vom späteren SPD-Chef Franz Müntefering zeigen liess, was Agenda-Setting bedeutet.

Danach folgte eine Politik-Auszeit. Sutter arbeitete vier Jahre bei SBB Cargo – unter anderem auch in Norditalien. 2009 startete er beim Finanzdepartement Basel-Stadt als Generalsekretär.

«Die Leute schätzen es, wenn jemand politisch konsequent ist.»

Kaspar Sutter

Die folgenden acht Jahre unter Eva Herzog sollten für Sutter prägend sein. Er lernte nicht nur einen der komplexesten Politikbereiche kennen, er erfuhr auch, «dass es stets auf die Sache ankommt. Die Leute schätzen es, wenn jemand politisch konsequent ist. Und dies ist Eva Herzog immer.»

Zum Beispiel als die Steuerverwaltung im Wahljahr den Eigenmietwert erhöhte. Jede andere Politikerin oder jeder andere Politiker hätte wohl versucht, das zu verhindern, so Sutter. «Eva Herzog hingegen hat die Erhöhung konsequent verteidigt – und wurde trotzdem mit Glanzresultat wiedergewählt.»

In dieser Hinsicht sei Herzog sicher ein Vorbild für ihn. Die Finanzdirektorin, die klar zum liberalen Flügel der Sozialdemokraten zählt, ist auch inhaltlich meist auf seiner Linie.

Anders als manche Genossen aus der Gewerkschaftscke stellt der HSG-Absolvent auch die Interessen der Wirtschaft in den Fokus. «Die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft sind wichtig. Der Sozial-

staat ist auf eine funktionierende Wirtschaft angewiesen.» Denn der Staat müsse die Fehler einer freien Marktwirtschaft korrigieren. Konkret heisst das zum Beispiel: Umverteilung von Vermögen und Umweltschutz.

Die Finanzdirektorin hält sehr viel von ihrem ehemaligen Generalsekretär. Sie sagt: «Er ist absolut kompetent und dosierfest.» Auf eine Einschätzung seiner Schwächen angesprochen, reagiert sie irritiert: «Das ist jetzt eine komische Frage. Ich bin weder seine Lehrerin noch sein Mami.»

Fragt man bei anderen Genossen nach, so hört man ebenfalls kaum Negatives. Parteipräsident Pascal Pfister ist «sehr froh, einen super Politiker wie Sutter in den eigenen Reihen zu haben». Für ihn ist Sutter auch ein «valabler Kandidat» für den Regierungsrat und in der engeren Auswahl für die Gesamterneuerungswahlen 2020.

Klar ist: Herzog darf dann nicht mehr antreten. Unwahrscheinlich ist, dass Christoph Brutschin 2020 noch mal antritt und hinter Wessels' Ambition steht im Moment ein grosses Fragezeichen. Im schlimmsten Fall muss die Partei 2020 drei Regierungsräte ersetzen. Wie es auch kommt: Sutter steht für diese Wahlen wohl neben Tanja Soland auf der Shortlist.

Wer aber kandidieren darf, bestimmt bei den Genossen nicht das Präsidium, vielmehr stimmen die Delegierten darüber ab. Das verspricht Spannung – und Ungewissheit.

Ein Spler, der anonym bleiben will, sagt, Sutter könnte bei einer Kampfwahl zur Nomination Nachteile haben, weil er Herzog so nahe stehe. «Königsmacher-Kandidaten sind bei den Delegierten nicht besonders gern gesehen.» Ausserdem ist Herzog bei Teilen der Parteibasis durch ihren Steuerreform-Alleingang in Ungnade gefallen. In der Partei ist zudem klar, dass Herzog durch eine Frau ersetzt werden muss, also am ehesten von Soland.

Auf mögliche Ränkespiele in der Partei angesprochen, antwortet der verheiratete Familienvater Sutter diplomatisch: «Ich finde es toll, dass es in der Partei genügend Leute gibt, die ein so wichtiges Amt ausfüllen können.» Für ihn sei der Regierungsrat im Moment ohnehin kein Thema. Auf die Frage, ob er sich das zumindest vorstellen könnte, antwortet Sutter wieder mit einer typischen Politikerantwort: «Regierungsrat ist ein spannender Job, der für den Kanton enorm wichtig ist. Zurzeit stellt sich die Frage aber nicht.»

Nur die Fakten zählen

Dass er einmal in dieses Amt kommen könnte, zeigt Sutters unbedingter Wille zur politischen Debatte. So zerlegt er in zwei, drei Sätzen Argumente des Gewerbeverband-Chefs oder bringt SVP-Landräte mit einfachen Kalkulationen in Nöte.

Die Beziehung von Basel-Stadt zu Baselland ist ohnehin eines der Lieblings-

themen des Finanzpolitikers. Selbst im Landkanton aufgewachsen, lässt Sutter heute keine Gelegenheit aus, gegen die Sparwut und Unvernunft der Landpolitiker zu wettern.

Auch hier, sagt Sutter, zählten die Fakten. Und diese seien klar: Das Land profitiere unverhältnismässig stark von der Stadt. Unifinanzierung: So nicht, liebe Baselbieter! Spitalfusion: Basel-Stadt zieht den Kürzeren!

Die Beiträge auf seinem eigenen Blog werden häufig von Medien und Politikern aufgegriffen. Seine Ansichten sind kontrovers, die Zahlen fundiert.

Bei Themen wie Gesundheit und Finanzen kommt kein Journalist um Sutter herum.

So hat Sutter in nur einem Jahr etwas erreicht, von dem mancher Grossrat träumt: Bei komplexen Themen wie Gesundheit und Finanzen kommt kaum ein Journalist darum herum, Sutter für eine Stellungnahme oder Hintergrundinformationen anzufragen.

Wie erklärt er seinen raschen Erfolg? «Ich investiere wohl mehr Zeit in die Politik als andere im Grossen Rat. Und ich konnte in meiner Zeit beim Finanzdepartement viel Know-how gewinnen, zum Beispiel, wie man einen Finanzierungsschlüssel berechnet oder wo die Zahlen zum Nationalen Finanzausgleich zu finden sind.»

Karriereplanung fest im Griff

Man könnte Sutter fast vorwerfen, er sei Berufspolitiker. Denn auch in seinem Job beschäftigt er sich im weitesten Sinne mit Politik. Nach seinem Ausscheiden beim Finanzdepartement hat er eine Beratungsfirma gegründet: In einem 50-Prozent-Pensum berät er Gemeinden und NGOs bei Finanzen und politischen Abläufen. Daneben kümmert er sich um sein Grossratsmandat und hat etwa zwei Nachmittage für seine Kinder zur Verfügung.

Seine Karriereplanung, so scheint es, hat der zweifache Vater fest im Griff. Der Ein-Mann-Betrieb, der nach eigenen Angaben noch nicht wunschgemäss läuft, wirkt dabei wie eine Übergangslösung, bis der Vollblutpolitiker Sutter ein Amt findet, das ihn mehr als 30 Prozent beschäftigt. ×

Videoüberwachung**Grosser Rat will keine Kameras**

von TaWo

Detektiv-Korporal und SVP-Grossrat Felix Wehrli forderte, dass in der Stadt Basel die Videoüberwachung eingeführt wird. «Die Straftaten gegen Leib und Leben (...) befinde(n) sich auf einem sehr hohen Niveau», schreibt er in seinem Anzug. Sein Lösungsvorschlag: Videoüberwachung an Orten, wo die Kantons- und Kriminalpolizei eine erhöhte Anzahl von Gewaltdelikten verzeichnet.

Als Beispiel nennt Wehrli die BVB: Hier habe die Videoüberwachung zu «einer Verminderung von Straftaten und Belästigungen vorab gegen Frauen» geführt. Und da der Grosse Rat im vergangenen Herbst eine Kameratüberwachung als Ersatz für Poller eingeführt hatte, schloss Wehrli, dass das Parlament grundsätzlich offen für diese Art der Überwachung sei.

Diese Schlussfolgerung teilte eine Mehrheit des Parlamentes nicht: Mit 51:41 Stimmen lehnte der Grosse Rat den Anzug ab. Geschlossen stimmten die Fraktionen von SP und Grünem Bündnis (Nein), ebenso die rechten und bürgerlichen Fraktionen (Ja). Eine Ausnahme war die FDP, die mit 6 Nein, 3 Ja und 2 Enthaltungen die liberale Palette von «Laisser faire» bis «Law & Order» abdeckte. ×

Hüpfburg des Jahres**Robi-Spiel-Aktionen**

von TaWo

Nach 60 Jahren Einsatz für Kinder und Jugendliche wird der Verein Robi-Spiel-Aktionen mit dem Prix Social ausgezeichnet. Besonders anerkannt sei, wie er sich «ständig weiterentwickelt und auf neue Bedürfnisse ... mit professionellen innovativen Angeboten reagiert» habe, so die Jury. Geehrt wird auch Geschäftsleiter Andi Hanslin «für sein umsichtiges Engagement».

Ebenfalls ausgezeichnet wird das Forum für kritische Soziale Arbeit (Kriso). Es habe den Mut, «öffentlich auf bestehende Missstände hinzuweisen», schreibt die Jury in der Begründung. ×

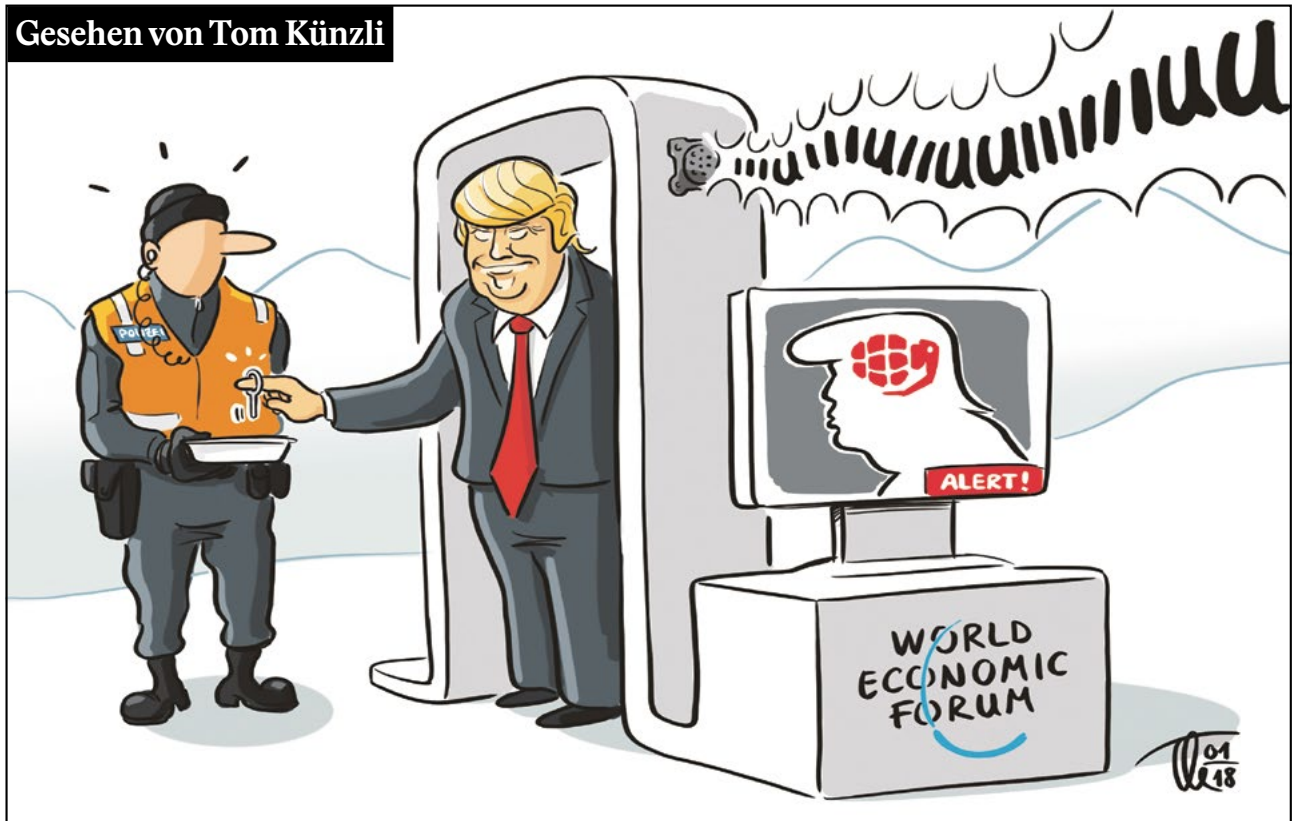
Liestaler Stadtrat**Auf Lukas Ott folgt Marie-Theres Beeler**

von TaWo

Das Resultat war mit 1708 Stimmen ein Triumph: Über 60 Prozent der Liestaler, die an der Wahl teilnahmen, votierten für die Grünen-Landrätin Marie-Theres Beeler als neue Stadträtin. Ein Schulterschluss der Grünen mit SP und EVP verhalf Beeler zum Erfolg. Kommt hinzu: Nachdem im ersten Wahlgang SVP und FDP mit je einer eigenen Kandidatur auftraten, war auch in der zweiten Runde keine bürgerliche Einheit zu spüren. Die Freisinnige Karin Jeitziner konnte die Stimmen von Markus Rudin nicht abholen.

Beeler, die mit der Wahl den ehemaligen Liestaler Stadtpräsidenten und künftigen Basler Stadtentwickler Lukas Ott beerbt, wird spätestens im Sommer von ihrem Mandat als Landrätin zurücktreten, sagte sie gegenüber der «bz Basel».

Zum Stadtpräsidenten wurde FDP-Stadtrat Daniel Spinler ernannt. ×

Gesehen von Tom Künzli

Tom Künzli ist als Illustrator für verschiedene Zeitungen und Zeitschriften tätig. Der 43-Jährige wohnt in Bern.

Alles zurück auf Start

von Dominique Spirgi

Der Knorz um die Kuppel drohte in einer Sackgasse zu enden. Jetzt zieht die Stiftung Kuppel die Reissleine und schreibt das Projekt neu aus – mit dem sportlichen Ziel, den neuen Konzertbau 2020 eröffnen zu können.

Zuerst war das namensgebende Kuppelzelt, dann gewann ein umgekippter Brotkorb den Wettbewerb und wurde zweimal in geheim gehaltene Bauprojekte umgewandelt. Doch aus der Renaissance der Kuppel im Nachtigallenwäldeli wurde wegen Querelen zwischen dem ehemaligen Betreiber Simon Lutz und den privaten Geldgebern in der Stiftung Kuppel nichts. Und der Kanton spielte als Baurechts- und Geldgeber für integrierte Proberäume für Bands bislang nur eine passive Nebenrolle.

Jetzt will die neu aufgestellte Stiftung unter dem Präsidium von Tobit Schäfer dem Projekt frischen Auftrieb verleihen. Sie tut dies, indem sie noch mal bei null beginnt. «Die Stiftung hat in Absprache mit dem Kanton beschlossen, das Bauprojekt neu auszuschreiben», sagt Schäfer. Die neue Kuppel fokussiert ganz auf den Konzertsaal und die Bandproberäume.

Eine Gruppe von jungen Architekten soll zu einem Wettbewerb eingeladen werden. «Unser Ziel bleibt, die neue Kuppel 2020 eröffnen zu können», sagt Schäfer. Auch die geschätzten Baukosten von sechs Millionen Franken bleiben dieselben. Auf die Frage, ob dieser Zeitplan nicht zu ambitioniert sei, gibt sich Schäfer pragmatisch: «Das Projekt hätte eh überarbeitet werden müssen.» Dies, weil es das Gastro-Reich von Lutz mit einbezogen hätte. Und die Stiftung pocht darauf, den kommerziellen Gastrobereich von der nicht kommerziell zu betreibenden Konzert-Kuppel zu trennen.

Bereits gibt es aber neue Störgeräusche. Die Architekturfirma Lost Architekten, deren Projekt nun gestoppt wurde, hat ihr Honorar noch nicht erhalten. ×

ANZEIGE

hindernisfrei, grosszügig, modern!

Wir vermieten in Egerkingen
68m² grosse 2.5-Zimmerwohnung im Erdgeschoss

- grosszügige, offene Küche
- Badezimmer mit schwellenloser Dusche + Waschmaschine/Trockner
- helles Wohn-/Esszimmer
- sonniger Balkon
- hochwertiger Ausbau mit Services auf Wunsch
- Einstellhallenplätze können dazu gemietet werden

Bruttomietzins/Monat: CHF 1'475.00
Vereinbaren Sie noch heute eine Besichtigung!

Bracher Immobilien AG
Frau Sandra Sutter, Tel. 032 625 95 79 oder
sandra.sutter@bracherimmobilien.ch



Valeria Balmelli setzt sich bei Jungen und Alten durch.

FOTO: MICHEL SCHULTHEISS

Vorfasnacht

14-Jährige spielt die Alten an die Wand

von Michel Schultheiss

Eigentlich sind es stets die «üblichen Verdächtigen», die auf der Bühne stehen. Namen wie die Aagfräsene, Chriesibuebe, VKB und Naarebaschi prangen ziemlich oft auf den Ranglisten des «Offizielle Brysdrumme und -pfyffe». So auch am Samstagabend im Volkshaus, beim Gipfeltreffen der ambitionierten Fasnachtscliquen. Vieles war wie gehabt: Ueli-Larven waren ziemlich oft zu sehen, der Trommelmarsch «Faschtewaie» ziemlich oft zu hören.

Weit nach Mitternacht wurde die Katze dann aus dem Sack gelassen: Die erst 14-jährige Valeria Balmelli schaffte es am Piccolo zur Doppelkönigin. Am Nachmittag stand sie bei den Jungen zuoberst auf dem Podest, was ihr ein Ticket zur Teilnahme bei den Alten sicherte, um dort gleich nochmals abzuräumen. Damit ist sie in dieser Kategorie wohl die jüngste Pfyfferkönigin aller Zeiten.

Das Bravourstück des Doppelschlags gelang bislang nur wenigen. Erstmals schaffte das anno 1997 die damals 15-jährige Cathrin Cattelan, ebenfalls ein Naarebaschi und heute Pfyffer-Jurorin beim «Offizielle». Vor zwei Jahren kam es bei den Tambouren zu diesem Coup, als Maurice Weiss die Grossen alt aussehen liess.

«Ich hatte keine bestimmte Strategie, sondern habe einfach mal gespielt», sagte Valeria Balmelli nach der Preisübergabe. Es war der Marsch «Synkopia» von Michael

Robertson, ein Beispiel von filigraner Piccolo-Akrobatik, der ihr Glück brachte: «Der ist sehr schwierig – vor allem dann, wenn man ihn schnell spielt.» Der jungen Doppelkönigin folgten Fabienne Hagen (Rätz) und Fabienne Stocker (CCB) im Einzelwettbewerb aufs Podest.

Generell war es einmal mehr ein «Offizielles» ganz im Sinne der für ihren Ehrgeiz bekannten Naarebaschi. Tambour Philipp Meyer verteidigte seinen Titel als Trommelkönig mit einer «Faschtewaie» und liess erneut die beiden früheren Spitzenreiter Stefan Freiermuth (Chriesibuebe) und Patrick Hersberger (Basler Rolli) hinter sich. Auch am Nachmittag brillierten die Naarebaschi, aber mit einem neuen Namen: Als bester Tambour entpuppte sich der 15-jährige Gino Baranzelli.

Für viel Stimmung sorgte die Kategorie SoloDuo: Hier punktete Romana Cahenzli zusammen mit dem Tambour Pascal Caviezel, mit dem «Sodeli». Zu einer Veränderung kam es im Gruppenwettbewerb. Diesmal standen «wilde» Formationen zuoberst auf dem Podest. Bei den «Gemischten» machte eine bunt zusammengewürfelte Truppe mit einem ungewöhnlichen Marsch, der «Zigünerin» von Berry Batschelet und Ivan Kym, das Rennen. Bei den Pfeifern siegten ebenfalls die «Wilden», bei den Tambouren hingegen die Chriesibuebe. ×

ANZEIGE

So 21.01. 11:00 & 14:30

«Verblecherbande» – gare des enfants

Mo 22.01. 20:00

«Dialog» – Pierre-Stéphane Meugé, Saxophon

Do 25. & Fr 26.01. 20:00 • «Musiktheaterformen»

«Mill'feuille» – ensemble viceversa

T 061 883 13 13

www.garedunord.ch

GARE DU NORD

Bildstoff

360°

tageswoche.ch/360

Palu

Profilneurotiker aufgepasst: Es ist nicht immer von Vorteil, den Kopf vorn zu haben – besonders wenn dabei nur das Profil eines Gummipneus herauspringt.

MOHAMAD HAMZAH/
REUTERS



Madrid

Springen ist auch das Thema an den spanischen «Luminarias»: Zu Ehren des heiligen Antonius werden Pferde durchs Feuer getrieben. Tja, werte Tierliebhaber, do goot d Boscht wirklich ab.

JUAN MEDINA/REUTERS



Neu-Delhi

Feurige Sohlen holte sich die Feuerwehr bei ihrem Einsatz in einer Schuhfabrik, die vollständig abbrannte. Immerhin kamen dabei keine Menschen zu Schaden.

ADNAN ABIDI/REUTERS



Schanghai

492 Meter hoch ist das World Financial Center, an dem das Putzpersonal seinen Dienst verrichtet. Wir wollen hoffen, dass hier höchstens die Aktienkurse ins Bodenlose stürzen.

ALY SONG/REUTERS



Tulum

Unterirdisch, aber feuchtfröhlich beenden wir diese Bildstrecke im zweitlängsten Unterwasserhöhlensystem der Welt in Mexiko. So schön kann das Januarloch sein!

HERBERT MAYRL/
REUTERS



Basel-Stadt und Region

Allschwil

Brisacher, Margaretha, von Basel/BS, 07.03.1923–10.01.2018, Im Rosenrain 4, Allschwil, Trauerfeier: Mittwoch, 24.01., 14.00 Uhr, Kapelle Friedhof Allschwil.

Hofmann, Ines, von Zofingen/AG, 03.07.1929–13.01.2018, Wirtsgartenweg 24, Allschwil, Trauerfeier: Donnerstag, 08.02., 14.00 Uhr, Kapelle Friedhof Allschwil.

Howald, Anne Marie, von Basel/BS, Thörigen/BE, 17.03.1925–12.01.2018, Muesmattweg 33, Allschwil, Trauerfeier: Freitag, 19.01., 14.00 Uhr, Kapelle Friedhof Allschwil.

Oswald, Martha, von Aadorf/TG, 21.12.1922–08.01.2018, Muesmattweg 33, Allschwil, wurde bestattet.

Schildknecht, Marcus, von Basel/BS, Kirchberg/SG, 22.01.1958–06.01.2018, Heuwinkelstr. 15, Allschwil, Trauerfeier: Montag, 22.01., 11.30 Uhr, Kapelle 1, Friedhof am Hörnli, Riehen.

Basel

Baudois, Michel Antoine, von Mores/FR, 04.04.1930–30.12.2017, Giornicostr. 144, Basel, wurde bestattet.

Beer-Lüthi, Walli, von Basel/BS, 04.05.1925–03.11.2017, Holeestr. 119, Basel, Trauerfeier: Freitag, 19.01., 15.30 Uhr, Friedhof am Hörnli.

Binder-Steiner, Elisa Martha, von Illnau-Effretikon/ZH, 29.11.1922–31.12.2017, St. Johanns-Ring 122, Basel, wurde bestattet.

Buser-Schaub, Margartha, von Basel/BS, 15.02.1921–16.01.2018, Rudolfstr. 43, Basel, Trauerfeier im engsten Kreis.

Campana-Stoppa, Aurora Luigia, von Sonvico/TI, 09.06.1924–04.01.2018, Horburgstr. 54, Basel, wurde bestattet.

Cogu-Dümrül, Ali, aus der Türkei,

01.01.1962–10.01.2018, Im Burgfelderhof 45, Basel, Trauerfeier: Freitag, 19.01., 13.30 Uhr, Friedhof am Hörnli.

Cristofoli-Nagy, Katharina, von Basel/BS, 23.04.1925–05.01.2018, Pilatusstr. 45, Basel, wurde bestattet.

de Biasi, Frieda, von Basel/BS, 11.11.1919–07.01.2018, St. Johanns-Ring 122, Basel, wurde bestattet.

Dolenzky-Ramseyer, Rudolf, von Basel, 02.12.1937–08.01.2018, Bruderholzrain 5, Basel, wurde bestattet.

Falk Kandil, Ingrid Anita, von Basel/BS, 03.01.1942–11.12.2017, Lehenmattstr. 309, Basel, wurde bestattet.

Frey-Engel, Walter Fritz, von Basel/BS, 04.07.1922–15.01.2018, St. Johanns-Ring 98, Basel, Trauerfeier: Mittwoch, 24.01., 13.30 Uhr, Friedhof am Hörnli.

Freymond-Bossard, Walter, von Basel/BS, 20.07.1925–14.12.2016, St. Jakobs-Str. 201, Basel, Trauerfeier: Dienstag, 23.01., 14.30 Uhr, Friedhof am Hörnli.

Frund-Mussard, Yvette Jeanne, von Basel/BS, Bourrignon/JU, 14.09.1939–07.01.2018, Hebelstr. 82, Basel, wurde bestattet.

Garnier-Meier, Yvonne, von Basel/BS, 09.02.1931–05.01.2018, St. Alban-Vorstadt 85, Basel, wurde bestattet.

Getzmann-Schultz, Josephine Marie, von Ufhusen/LU, 14.03.1927–07.01.2018, Gellertstr. 138, Basel, wurde bestattet.

Gisin-Gisi, Dora, von Basel/BS, 15.08.1923–12.01.2018, C.F.Meyer-Str. 21, Basel, Montag, 22.01., 15.00 Uhr, Margarethenkirche, Binningen.

Graber-Keller, Johanna Frieda, von Basel/BS, 23.06.1927–11.01.2018, Bäumlhofstr. 173, Basel, wurde bestattet.

Huber-Feldbaumer, Christine, von Sulgen/TG, 02.12.1920–09.01.2018, Gellertstr. 133, Basel, Trauerfeier: Montag, 22.01., 13.30 Uhr, Friedhof am Hörnli.

Hügin-Waeber, Oskar Max, von Basel/BS, 22.01.1925–02.01.2018, Rebgrasse 16, Basel, wurde bestattet.

Hunziker, Anna Alice, von Basel/BS, Winterthur/ZH, 13.04.1932–29.12.2017, Hammerstr. 88, Basel, wurde bestattet.

Iseli-Plattner, Jürg, von Basel/BS, 10.04.1943–04.01.2018, In den Klosterreben 36, Basel, Trauerfeier: Dienstag, 23.01., 15.30 Uhr, Friedhof am Hörnli.

Kury-Pfister, Klara, von Basel/BS, 15.06.1926–09.01.2018, Bruderholzweg 21, Basel, wurde bestattet.

Manger, Gertrud, von Basel/BS, Pizy/VD, 07.02.1922–27.12.2017, Bruderholzweg 21, Basel, wurde bestattet.

Minssen-Sulzer, Thomas Udo, aus Deutschland, 02.11.1940–05.01.2018, Gellertstr. 138, Basel, wurde bestattet.

Murbach-Frey, Philomena, von Basel/BS, 31.12.1932–02.01.2018, Sperrstr. 100, Basel, Trauerfeier: Freitag, 19.01., 14.30 Uhr, Friedhof am Hörnli.

Nigon-Lalla, Ursula Marie, aus Frankreich, 01.02.1928–03.01.2018, Gellertstr. 138, Basel, wurde bestattet.

Perrelet-Jossi, Claude Marcel Achille, von Le Locle/NE, 11.10.1941–31.12.2017, Im Ettingerhof 9, Basel, wurde bestattet.

Pfunder-Schmid, Josefine, von Schwändi/GL, 26.04.1926–10.01.2018, Achilles Bischoff-Str. 11, Basel, wurde bestattet.

Plozza-Balestra, Andreina Pierina, von Brusio/GR, 29.02.1920–04.01.2018, Falkensteinerstr. 30, Basel, wurde bestattet.

Roth-Rudmann, Marcel Friedrich, von Grindelwald/BE, 14.11.1930–10.01.2018, Nadelberg 41, Basel, Trauerfeier: Mittwoch, 24.01., 15.00 Uhr, Leonhardskirche.

Schütz, Peter, aus Deutschland, 06.02.1943–05.01.2018, Schwarzwaldallee 234, Basel, wurde bestattet.

Schweizer-Muheim, Felix, von Basel/BS, 23.09.1937–30.12.2017, Rebgrasse 16, Basel, wurde bestattet.

Stolz-Schmid, Hansrudolf, von Basel/BS, 06.10.1942–02.01.2018, Unterer Batterieweg 9, Basel, wurde bestattet.

Strauch-Ramseyer, Alfred, von Basel/BS, 24.02.1938–05.01.2018, Güterstr. 233, Basel, wurde bestattet.

Streckeisen-Gschwind, Naomi, von Basel/BS, Therwil/BL, 04.10.1968–18.12.2017, Markgräflerstr. 54, Basel, wurde bestattet.

Thalmann-Heimann, Kurt Julius, von Schüpfheim/LU, 03.11.1931–09.01.2018, Allschwilerplatz 9, Basel, wurde bestattet.

Theiler-Sturm, Helen Margret, von Basel/BS, 06.04.1933–08.01.2018, Leimenstr. 67, Basel, Trauerfeier: Montag, 22.01., 14.30 Uhr, Friedhof am Hörnli.

Trümpi, Max Adolf, von Glarus/GL, 04.03.1935–10.01.2018, Mittlere Str. 15, Basel, wurde bestattet.

Vollenweider, Thomas, von Winterthur/ZH, 13.12.1966–09.01.2018, Oberwilerstr. 155, Basel, wurde bestattet.

Wenk-Urech, Kurt René, von Basel/BS, 23.05.1927–04.01.2018, Zürcherstr. 143, Basel, Trauerfeier: Freitag, 19.01., 11.30 Uhr, Friedhof am Hörnli.

Wytttenbach-Borer, Albert, von Gerzensee/BE, 07.04.1935–10.01.2018, Grienstr. 57, Basel, wurde bestattet.

Zingg-Burkhard, Hedwig, von Rapperswil/BE, 19.08.1923–12.01.2018, Meret Oppenheim-Str. 62, Basel, Trauerfeier: Mittwoch, 24.01., 14.30 Uhr, Friedhof am Hörnli.

Bettingen
Benz-Achermann, Alfred Emil, von Wettingen/AG, Neuenhof/AG, 07.01.1930–12.01.2018, Talweg 24, Bettingen, wurde bestattet.

Biel-Benken
Schnell-Lickteig, Jean Robert, von Basel/BS, 23.10.1923–14.01.2018, Gissühelweg 7, Biel-Benken, Abdankung, Donnerstag, 25.01., 14.00 Uhr, ref. Kirche Biel-Benken.

Birsfelden
Trutmann, Marcel, von Küssnacht/SZ, 24.02.1955–11.01.2018, Wartenbergstr. 50, Birsfelden, Beisetzung im engsten Familien- und Freundeskreis.

Lausen
Beyeler, Adolf, von Rüscheegg/BE, 03.11.1926–15.01.2018, Brühlstrasse 14, Lausen, Bestattung: Montag, 22.01., 14.00 Uhr, Friedhof Lausen und ref. Kirche Lausen.

Muttenz
Gantner-Schlee, Hildegard Verena, von Flums/SG, 16.11.1941–01.01.2018, Neue Bahnhofstr. 113, Muttenz, Trauerfeier: Freitag, 19.01., 14.00 Uhr, ref. Kirche St. Arbogast Muttenz.

Kohler-Bolliger, Max, von Schwaderloch/AG, 20.10.1927–09.01.2018, Brandchenkestr. 82, Tertianum, Muttenz, wurde bestattet.

Meier-Peter, Marlies Jeanette, von Muttenz/BL, Brissago/TI, 02.09.1941–09.01.2018, Gilamstr. 25, Muttenz, Beisetzung: Donnerstag, 18.01., 14.00 Uhr,

Friedhof Muttenz, anschliessend ref. Kirche St. Arbogast Muttenz.

Pratteln
Füglister-Klettner, Anna, von Oberwil-Lieli/AG, 24.10.1926–12.01.2018, Ergolzstr. 16, Pratteln, Abdankung im engsten Familienkreis.

Präffli, Simone Nelly, von Signau/BE, 23.01.1957–06.01.2018, Oberfeldstr. 42, Pratteln, wurde bestattet.

Schober, Dietrich Fritz Karl, von Wattenwil/BE, 12.05.1932–15.01.2018, Bahnhofstr. 40, Pratteln, Trauerfeier im engsten Familienkreis.

Schweizer-Rickenbacher, Lisel (Lydia Elise), von Reigoldswil/BL, 07.02.1925–09.01.2018, Bahnhofstr. 37, Pratteln, wurde bestattet.

Reinach
Beljean, Armin, von Ligerz/BE, 02.04.1942–10.01.2018, Angensteinerstr. 2, Reinach, Trauerfeier im engsten Familienkreis.

Chevrolet-Müller, André, von Bonfol/JU, 17.06.1924–06.01.2018, Lochackerstr. 2, Reinach, Trauerfeier: Donnerstag, 25.01., 14.00 Uhr, Friedhof Fiechten, Reinach.

Riehen
Brunner-Tanner, Maria Theresia, von Basel/BS, 17.12.1956–14.12.2017, Supperstr. 28, Riehen, Beisetzung: Freitag, 19.01., 14.40 Uhr, Friedhof am Hörnli.

Frey-Schmassmann, Klara Helen, von Basel, 04.11.1930–07.01.2018, Rudolf Wackernagel-Str. 8, Riehen, Trauerfeier: Freitag, 19.01., 09.30 Uhr, Friedhof am Hörnli.

Gysin-Ninck, Thomas Andreas, von Basel/BS, 16.09.1936–

05.01.2018, Wenkenstr. 92, Riehen, wurde bestattet.

Marzetti-Indlekofer, Rösli Elisabeth, von Basel/BS, 01.06.1927–04.01.2018, Rauracherstr. 111, Riehen, wurde bestattet.

Müller-Lochhead, Hans, von Boltigen/BE, 23.02.1916–04.01.2018, Rauracherstr. 111, Riehen, wurde bestattet.

laufend aktualisiert:
tageswoche.ch/todesanzeigen

Die Kunst der richtigen Beschimpfung geht vor die Hunde. Dabei gilt es heute umso mehr, die A-Regeln zu wahren. Und das hat durchaus auch mit Anstand zu tun.

“

N eulich hat Tamara Funciello von der Juso Donald Trump als «sexistischen orangen Trottel» bezeichnet. Darauf fühlten sich zwei Herren von der Jungen SVP dazu berechtigt, sie eine «fette, kleinwüchsige Kuh» zu nennen. Ich persönlich habe diese zwei Gruselfiguren schon vor Monaten präventiv zu Hurensöhnen erklärt. Und Natalie Rickli, die man hier leider nicht mehr vorstellen muss, hat jetzt alle Seiten zur Raison aufgerufen.

Als ich die Rickli-Schlagzeile las, habe ich kurz geglaubt, sie habe eingesehen, dass sich mehr respektlose, ungebildete junge Männer in ihrer eigenen Partei finden als unter muslimischen Einwanderern, aber sie rügte auch Funciello. (Und Nationalrätin Jacqueline Badran, die irgendjemanden «dumm wie Brot» genannt hatte und damit wohl untertrieb.)

Ob Trottel, Kühe, Brote: die geläufigste Beschimpfung, sozusagen der kleinste Nenner, bleibt das Arschloch. Viele Leute sind der Meinung, dass man niemanden ein Arschloch nennen sollte. Ich finde: Doch! Man sollte beim Austeilen einfach diese drei Grundregeln beachten:

1. Das Arschloch sollte dir überlegen sein. Immer gegen oben treten, nie gegen unten.

2. Das Arschloch sollte sich durch Missetaten auszeichnen. Nicht durch subjektiv empfundene, sondern durch echte. Einfach deiner Meinung widersprechen gilt nicht. Wiederholt kleine Kätzchen ertränken schon eher.

3. Jemand macht sich zum Arschloch durch das, was er tut. Nicht durch das, was er ist. Mannsein reicht nicht unbedingt aus zur Arschloch-Qualifikation. Übergriffigkeit schon.

Mit diesen Regeln im Kopf wird einem bald einiges klar. Würde Trump zum Beispiel eine mexikanische Hilfsarbeiterin als faule Schlampe bezeichnen, dann würde er damit alle drei Grundregeln des A-Reglements missachten. Er ist ihr machtmässig weit überlegen, die Frau zeichnet sich wohl eher durch harte Arbeit als durch fiese Missetaten aus. Wer sie als faul bezeichnet, nur weil sie Mexikanerin ist, missachtet Regel drei und ist ein Arschloch.



Knackeboul ist Rapper, Beatboxer und Publizist.

Auch die Funciello-Situation lässt sich so auflösen. Tamara ist Trump machtmässig weit unterlegen. Sogar seine Wähler geben zu, dass er ganz klare Missetaten beging und begeht (sie findens einfach irgendwie noch geil). Dass Trump aus einer reichen weissen Familie stammt, ist nicht sein Fehler. Dass er Frauen abschätzig und übergriffig behandelt und ganze Länder als «shitholes» bezeichnet, hingegen schon. Funciello darf Trump folglich als Arschloch bezeichnen. Ich würde sogar sagen: Sie muss.

Die Junge SVP hat bei den Arschregeln etwa so gut aufgepasst wie in Geschichte.

Dürfen denn nun die Lümmel von der Jungen SVP Funciello im Gegenzug als «fette, kleinwüchsige Kuh» bezeichnen? Nein, dürfen sie nicht im Geringsten.

Natürlich, sie empfinden ihre Äusserungen als «Gleiches mit Gleichem vergelten». Aber leider haben die Herren bei den Arschregeln etwa gleich gut aufgepasst wie in Geschichte. Denn: Als Gruppe von mehrheitlich weissen Männern, die erst noch der mächtigsten Partei des Landes angehören, stehen die Absender der Beleidigung im Machtgefälle weit über Funciello.

Funciello setzt sich seit Jahren für gerechtere Löhne ein, für die Rechte der Arbeiter und der Frauen. Sie zeichnet sich eher durch gute als durch Missetaten aus. Natürlich ist sie frech und exponiert sich, aber das alleine reicht nicht, und ihre Trump-Schmähung war, wie wir schon gesehen haben, im Rahmen des A-Reglements legitim.

Damit wären schon zwei Regeln missachtet, und auch in der dritten fallen die Jungs der SVP durch. Jemanden aufgrund seines Äusseren zu beleidigen, verstösst nämlich gegen Regel drei und wird meist eh nur von Arschlöchern praktiziert.

Natürlich wird diese Regelung von Menschen, die sich nicht objektiv mit Machtgefälle, Unterdrückung, Randgruppen und struktureller Gewalt auseinandergesetzt haben, nicht akzeptiert. Und so wird in den Kommentarspalten denn auch zünftig über Tamara Funciello hergezogen. Und natürlich: Funciello exponiert sich, sie eckt an und sie ist Präsidentin einer Partei. Sie ist bestimmt eine starke Frau, aber eben im Kontext des Machtgefälles immer noch ein Underdog und hat sehr wohl das Recht, gegen oben zu knurren. Wer diese Frau dermassen beleidigt, ist also ein Arschloch, vor allem im Kollektiv. Vor allem als weisser Mann.

Der weisse Mann ist immer in einer Machtposition, auch wenn er sich noch so gerne als Opfer sieht. Als dunkelhäutiger Mensch hast du in grossen Teilen der westlichen Welt ein entscheidendes Handicap. Als Frau immer und überall. Die schlecht verdienende dunkelhäutige Frau darf alles und jeden ein Arschloch nennen. Tut es aber selten. Im Vergleich zu reichen weissen Männern.

Hier eine kleine Rangliste, wer wie sehr ein Arschloch genannt werden darf:

- Trump
- Junge SVP
- Natalie Rickli und Knackeboul
- Jay Badran
- Tamara Funciello

(Lesebeispiel: Trump darf niemanden, Knackeboul nur Trump und JSVP als Arschloch bezeichnen.)

Wer also andere beschimpfen möchte, sollte das A-Reglement beachten. Und um dieses zu verstehen, lohnt sich das Studieren der Geschichte mit Fokus auf Macht und Unterdrückung. Danach wünsche ich viel Spass beim Auf-, Ein- und Austeilen. Und das Einstecken gehört dann auch dazu.

Ihr Knackeboul, ein kleines Arschloch. ×

”



Ein Demonstrant im Westjordanland trägt neben der palästinensischen Flagge ein Porträt von Nelson Mandela.

FOTO: REUTERS

Palästinakonflikt

In Israel gibt es Stimmen, die eine Parallele zwischen den besetzten Gebieten und dem früheren Regime in Südafrika ziehen.

Apartheid – ein Wort oder ein System?

von Georg Kreis

Mein letzter Wochenkommentar, der sich mit Israel befasste, liegt etwa ein halbes Jahr zurück. Anlass war der 50. Jahrestag des Sechstagekrieges von 1967. Termin und Thema waren sozusagen von der Geschichte gegeben. Für meine damaligen Ausführungen erhielt ich Anerkennung auch von Menschen, die mit Israel besonders verbunden sind.

Diese hier vorweg abgegebenen Erklärungen klingen nach Rechtfertigung. Und Rechtfertigung muss sein, denn ich stehe unter strenger Beobachtung eines in Basel wohnhaften und in der BaZ vom Leserbrieffschreiber zum regelmässigen Mitarbeiter aufgestiegenen Israelspezialisten. Einmal hat er mir vorgeworfen, ich sei auf «Israelkritik» abonniert, und ehrbeleidigend beigefügt, dass diese «nicht selten die Grenze zum Antisemitismus überschreitet».

Also sollte man die weiteren Zeilen mit höchster Vorsicht lesen. Denn ich komme wieder kritisch auf Israel zu sprechen. Es geht aber nicht um den von Donald Trump unterstützten israelischen Alleinherrschaftsanspruch auf Jerusalem. Den habe ich hier ausgelassen.

Anlass ist jetzt der in der «Basler Zeitung» publizierte Artikel eines Mitarbeiters der «Jerusalem Post», der meinte, den deutschen Aussenminister Sigmar Gabriel

mit zahlreichen Vorwürfen eindecken zu müssen, die ihn mehr oder weniger direkt bezichtigten, Israel zu delegitimieren und den Antisemitismus zu begünstigen. Gabriel hat sich erlaubt, die israelische Präsenz im Westjordanland als «Apartheid-Regime» zu bezeichnen. Seine Äusserungen konnten leicht schon darum als israel-feindlich eingestuft werden, weil sie von Israels tatsächlichen Feinden, namentlich der Hamas, beklatscht wurden.

Ein historisch belasteter Begriff

Bei Interventionen wie dem in der BaZ Anfang Januar publizierten Artikel geht es darum, die Verwendung des historisch belasteten Begriffs Apartheid zu tabuisieren, weil das Wort für ein verwerfliches System steht, das sich in Südafrika als unhaltbar erwiesen hat und darum von der Geschichte überrollt worden ist. Delegitimiert wird israelische Politik aber nicht durch ein Wort, sondern durch die von ihr zu verantwortende Praxis. Wichtig ist dann aber auch, dass das treffende Wort verwendet werden kann.

Statt einzig über das Wort sollte man auch über das damit bezeichnete System reden, also über die von Israel geschaffenen Realitäten. Eine Leserbriefschreiberin, die entschieden gegen die Verwendung des A-Worts ist, verwies auf die Verhältnisse im Spital von Haifa, wo vom Oberarzt über die Röntgentechniker zu den Schwestern und Pflegern bis zum Reinigungspersonal Araber fast in der Mehrheit seien. Solche Einwände übersehen, dass Gabriel nicht vom israelischen Staats-, sondern vom israelischen Besatzungsgebiet gesprochen hat.

Die Diskriminierung rekurriert auf das Argument, lediglich Sicherheit gewährleisten zu wollen.

Es ist schon erstaunlich, wie man sich überhaupt dagegen verwahren kann, dass die Verhältnisse in den besetzten Gebieten als zutiefst geprägt von einem Apartheid-Konzept bezeichnet werden. Das beginnt mit der Parallelität der Rechtsordnung für Besetzer und Besetzte und endet in der den Alltag bestimmenden Verkehrsordnung. Wer dazu Belege braucht, schaue doch beispielsweise den Dokumentarfilm «The Law in these Parts» von Liran Atzmor, der 2011 am Jerusalem Film Festival ausgezeichnet worden ist.

Im Gegensatz zu Südafrika liegt die Rechtfertigung für die Diskriminierung nicht in einer offen deklarierten, ideologisch-rassistischen Begründung, sondern rekurriert auf das scheinbar anfechtbare Argument, lediglich Sicherheit gewährleisten zu wollen.

Vor Gabriel haben es schon andere gewagt, zur Charakterisierung der Besatzungsverhältnisse das A-Wort zu verwenden. Das bekannteste Beispiel dürfte der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter mit seinem Buch «Palestine Peace Not Apartheid» von 2006 darstellen. Die angesehene «New York Review of Books» wies damals bei der Besprechung dieses Buches darauf hin, dass bereits 2002 in «Haaretz» («Israel's most respected newspaper») Michael Ben-Yair erklärt hatte, die Apartheid habe 1967, nämlich am «siebten Tag» unmittelbar nach dem Sechstagekrieg begonnen. Derselbe Mann, in den 1990er-Jahren israelischer Generalstaatsanwalt, forderte 2014 das EU-Parlament auf, Palästina als Staat anzuerkennen, um so die A-Herrschaft einem Ende entgegenzuführen.

Es gibt demnach ernst zu nehmende israelische Stimmen, die sich ihrerseits nicht scheuen (und auch weniger scheuen müssen), die israelische Apartheid-Politik zu kritisieren. Zum Beispiel Uri Davis mit seinem Buch «Apartheid Israel: Possibilities for the Struggle Within» von 2003, das auch vom israelischen Historiker Ilan Pappé gelobt wurde. Ich habe es vor Jahren in einem südafrikanischen Museums-Shop erstanden.

Alon Liel, ehemaliger Generaldirektor des israelischen Aussenministers und, was in diesem Fall noch bedeutsamer ist, ehemaliger Botschafter in Südafrika, hielt es offenbar für nötig, dem vom Basler Blatt verbreiteten Angriff auf den deutschen Aussenminister Gabriel entgegenzutreten und dem Gescholtenen für seinen Mut zu danken («Basler Zeitung» vom 10. Januar 2018). Bezogen auf die von Gabriel schon 2012 speziell angesprochenen Verhältnisse in Hebron räumte er «mit Trauer, Wut und Scham» ein, dass dort tatsächlich Apartheid herrsche. Liel gratuliert Gabriel dafür, dass er eine einfache Wahrheit ausspreche: «Apartheid und Demokratie können nicht unter einem Dach existieren.»

Der israelische Ex-Diplomat appellierte an alle, «die unser Land lieben», sich mutig gegen die neuen Verhältnisse zu stellen. «Nur wenn diese gefährliche Entwicklung gestoppt wird, auch mithilfe öffentlicher Figuren wie Gabriel, wird es uns möglich sein, die Existenz Israels zu sichern: als eines Staates, auf den das jüdische Volk stolz sein kann und den auch unsere deutschen Freunde unterstützen können.»

Palästinensischer Mandela

Alon Liel meldet sich nicht zum ersten Mal zu Wort, er tut es immer wieder konsequent. Zum Beispiel 2011 in der «Süddeutschen» oder 2015 im «Tages-Anzeiger». 2017 brachte er gegenüber «Le Temps» sein Bedauern darüber zum Ausdruck, dass «wir» keinen Mandela haben und seit einiger Zeit Ultrationalisten, die Orthodoxen und Siedler das «israelische Haus» verwalten würden; die ursprünglichen Ideale seien völlig an den Rand gedrängt worden («Le Temps» vom 6. Juni 2017).

In einem Punkt muss diese Erklärung relativiert werden. Einen Mandela braucht es nicht auf der israelischen, sondern auf palästinensischer Seite. Und es gibt ihn: Er sitzt, wie einst Mandela, seit Jahren im Gefängnis. Der 58-jährige Marwan Barghouti, Führer der zweiten Intifada, ist von der israelischen Justiz zu fünfmal lebenslänglicher Haft und weiteren vierzig Jahren Freiheitsentzug verurteilt worden. Vorwurf: mehrfacher Mord bei Anschlägen, die Barghouti als Anführer von palästinensischen Terrororganisationen zu verantworten habe. Barghouti wird als potenzieller Nachfolger von Präsident Abbas gehandelt, er kritisiert aber auch die Korruption im palästinensischen Machtapparat.

«Apartheid und Demokratie können nicht unter einem Dach existieren.»

Alon Liel, ehemaliger israelischer
Botschafter in Südafrika

Das Apartheid-Regime in Hebron und allgemein in der Westbank wird mit Hilfe der israelischen Armee aufrechterhalten. Diese Militärdienste sind für manche Israeli eine grosse moralische Belastung. Wie in der TagesWoche bereits berichtet, ist aus den schrecklichen Erfahrungen die Organisation «Breaking the Silence» erwachsen, die sich im Juni 2015 mit einer Ausstellung auch in der Schweiz (in einem reformierten Kirchgebäude) präsentiert hat. Zu den angeblichen Schandtaten, die dem deutschen Aussenminister in der BaZ vorgeworfen werden, gehört auch, dass sich Gabriel mit dieser israelischen NGO getroffen hat.

Die Kontroversen um den seit Jahrzehnten andauernden Konflikt sollten nicht als Debatte verstanden werden, die zwischen Juden und Nichtjuden, Israeli und Nichtisraeli, Arabern und Nichtarabern, Amerikanern und Nichtamerikanern etc. geführt wird, sondern zwischen Menschen, denen Menschenrechte und demokratische Werte unterschiedlich wichtig sind.

Sollte man bis hierher gelesen haben, darf man nochmals an den Anfang zurückkehren und sich fragen, wie sehr der Beitrag einmal mehr die Grenzen des Antisemitismus überschritten hat. ×

Der Autor war 1995–2016 Präsident der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus und hat 2000–2005 im Auftrag des Bundesrats und des Schweizerischen Nationalfonds die Arbeiten geleitet, welche die schweizerischen Beziehungen zu Apartheid-Südafrika untersuchten. Georg Kreis ist Mitglied des Patronatskomitees des NIF (New Israel Fund).

Online



tageswoche.ch/
author/
georg-kreis

Augen auf: Die 18. Basler Museumsnacht bricht an

von Dominique Spirgi

Eingemummelt und in sich ruhend wartet das Eichhörnchen das Ende des Winters ab. Zu sehen ist das eindruckliche Bild in der Ausstellung «Wildlife Photographer of the Year» im Naturhistorischen Museum Basel – auch an der 18. Museumsnacht vom Freitag, 19. Januar.

«Es sind in dieser Nacht durchaus Besucher anzutreffen, die sich still und aufmerksam in ein Bild oder ein Objekt vertiefen», sagte Andrea Bignasca, Direk-

tor des Antikenmuseums Basel, an der Medienkonferenz zur Museumsnacht. Sie dürften in dieser turbulenten Nacht aber die Ausnahme sein.

Die meisten Menschen werden sich wohl von einem der über 200 Programmpunkte einnehmen lassen, mit denen sich die Museen als Eventlokale präsentieren. Im Naturhistorischen Museum kann man zum Beispiel Tierpräparatoren über die Schulter blicken, während in der Bar ein DJ auflegt. Ein Blick ins Programm zeigt, dass die 18. Ausgabe beinahe wie ein Musikfestival daherkommt.

Die Museumsnacht hat auch museale Exklusivitäten im Programm. So bietet sich zum Beispiel in der Fondation Beyeler die Gelegenheit, bereits vor der Vernissage, zu der nur ein exklusiver Kreis geladen ist, einen Blick in die kommende Sonderausstellung mit Werken von Georg Baselitz zu werfen. x

Museumsnacht Basel am Freitag, 19. Januar, von 18 bis 2 Uhr. Für Jugendliche und junge Erwachsene unter 26 Jahren ist der Eintritt frei, die anderen zahlen 24, mit Museumspass 19 Franken.



Das Museum der Kulturen gedenkt aus Anlass seines 125. Geburtstags seiner Urväter Fritz und Paul Sarasin.

Heimkehr als Wachsfiguren

Fritz (l.) und Paul Sarasin, Ceylon, 1880er-Jahre.

FOTO: BILDARCHIV ETH ZÜRICH



von Dominique Spirgi

Das Museum der Kulturen erweckt zwei seiner Mitbegründer, die Forscher Fritz (1859–1942) und Paul Sarasin (1856–1929) wieder zum Leben: «Als Wachsfiguren wurden die Sarasins 125 Jahre lang in Balangonong bestaunt», heisst es in einer Mitteilung zur Museumsnacht, die zugleich Auftakt zum 125-Jahre-Jubiläum des Hauses ist. «Nun kommen sie als Leihgabe nach Basel zurück und berichten über ihre Erfahrungen als Ausstellungsobjekte.»

Balangonong? Könnte irgendwo in Sri Lanka sein oder auf dem indonesischen Sulawesi. An beiden Orten haben die Sarasins emsig Forschung betrieben und Objekte fürs Museum (und den Zolli) gesammelt. Doch dieser Ort existiert nicht. Und man stelle sich einmal Wachsfiguren in einem Dorf in den Tropen vor ...

«Das Ganze ist natürlich Fiktion», klärt Museumsdirektorin Anna Schmid auf. Die Wachsfiguren werden von Schauspielern nachgestellt: eine hintersinnige Anspielung auf das Leben und Wirken der beiden Vettern zweiten Grades, die viel über die frühe Basler Museumspolitik, die Ethnologie des 19. und frühen 20. Jahrhunderts und den legendären Basler Daig aussagt.

Drei «Urmenschen» im Museum

1883 waren die überaus vermögenden Privatgelehrten, die Medizin und später Zoologie studiert hatten, nach Ceylon (heute Sri Lanka) gereist. Mit im Gepäck hatten sie den Auftrag, für das Naturhistorische Museum Tierskelette zu sammeln. Sie interessierten sich offensichtlich aber mehr für das Volk der Vedda, in dem sie eine Art Urvolk der Menschheit vermuteten. Sie vermassen die Vedda, fotografieren sie und liessen später für das neue Basler Völkerkundemuseum eine Gruppe mit drei lebensgrossen Figuren herstellen.

Dies wirft ein vieldeutiges Bild auf die Ursprünge der Ethnologie, die von kolonialem Entdeckergeist, der Faszination des Unbekannten und von einem westlich geprägten Blick auf «primitive», das heisst unzivilisierte Lebensweisen geprägt war.

Dass Ethnologen Menschen vermassen, ihre Schädel mit denen von Schimpansen vergleichen und daraus auf Evolutionsstufen schliessen, ist heute nicht mehr State of the Art. Andererseits äusserte Fritz Sarasin schon 1917 die Befürchtung: «Unaufhaltsam legt sich das europäische Maschinenleben wie ein todbringendes Netz über den Erdball und erstickt in seinen unentrinnbaren Maschen alles ursprüngliche Völkerleben.»

Die Sarasins haben als Musterbeispiele für das bürgerliche Engagement im Dienste der Wissenschaft und der Allgemeinheit Basler Museumsgeschichte geschrieben. Fritz wurde 1886 Präsident der ethnografischen Kommission, aus der später das eigenständige Museum für Völkerkunde hervorging, dessen erster Direktor er wurde. (Die Kommission war 1883 gegründet

worden, was als eigentliche Geburtsstunde des Museums der Kulturen gilt.)

Die beiden Sarasins forschten und wirkten auf eigene Kosten – auf einen Broterwerb waren sie nicht angewiesen. «Privatgelehrte» nannte man das oder etwas vornehmer ausgedrückt: «gentlemen scientists». Sie absolvierten auch ihre Forschungsreisen auf eigene Kosten. Als Schweizer Bürger fanden sie in den Kolonien Grossbritanniens (Ceylon) oder der Niederlande (Sulawesi, damals noch unter dem Namen Celebes bekannt) offene Türen vor. Denn die Kolonialmächte hatten von Baslern keinerlei Machtansprüche zu befürchten. Die Königin der Niederlande nahm die beiden sogar als Ritter in den Orden von Oranje-Nassau auf.

Neben ihren ethnografischen Studien interessierten sich Fritz und Paul Sarasin auch für die Tierwelt. Auf einem Foto posieren die beiden auf einem erlegten Elefanten. Wenige Jahre später schenkten sie dem Basler Zolli ein süßes Elefantenkalb, das als Miss Kumbuk rasch zum Publikumsliedling wurde. Dieser Name blieb mit den Importeuren des Tieres verbunden: Die Architekten Eduard, Ernst und Paul Vischer taufte ihr 1917 realisiertes Neubauprojekt für das Völkerkundemuseum auf den Namen «Cumbuk».

Wenn es in Basel ein Wachsfigurenkabinett gäbe, dann hätten Fritz und Paul Sarasin sicher ihren Platz: wegen ihrer international anerkannten Bedeutung als Wissenschaftler, als Museumsgründer und womöglich auch wegen den Gerüchten, die ihr Privatleben begleiteten.

Als Dichter weniger begabt

Die Vettern zweiten Grades waren einander ein ganzes Leben lang eng verbunden: Sie hatten zusammen studiert, sie reisten zusammen, arbeiteten und lebten zusammen. Auch wenn es nicht bis ins letzte Detail verbrieft ist, kann man davon ausgehen, dass sie nicht nur die Wohnung, sondern auch das Bett teilten.

Zur Homosexualität konnte man sich um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert aber natürlich noch nicht bekennen; schon gar nicht als Mitglied des Daigs. Kam dazu, dass Pauls Vater als erkonzervativer Politiker und extrem frommes Kommissionsmitglied der Basler Mission ein Coming-out seines Sohnes niemals verkraftet hätte.

So blieb Paul nichts anderes übrig, als seine Liebe zu Fritz in der Halböffentlichkeit als Dichter auszuleben – wenn auch nicht als sonderlich begabter. In einem «an F.S.» gewidmeten Gedicht heisst es unter anderem: «Du bleibst mir treu in den seligsten Stunden/Ich hab als Glückstern dich gefunden.» x

Museum der Kulturen an der Basler Museumsnacht vom 19. Januar: «Happy Birthday», unter anderem mit einer Performance zu den Museumsmitbegründern Fritz und Paul Sarasin. Münsterplatz 20, Basel.

Rahmenprogramm

Die lange Nacht der Performance

Abseits der ohnehin kaum sichtbaren Exponate eröffnet sich Besuchern der Museumsnacht ein üppiges Rahmenprogramm. Die diesjährige Ausgabe bietet Anlass, sich auf eine Kunstform einzulassen, die oft etwas abseits spielt und manchmal Berührungssängste weckt: die Performancekunst. **HEK – «Digitale Sinnwelten»:** Die Sängerin Anastasia Tolchneva und der Medienkünstler Dmitry Morozov interagieren ab 20 Uhr mit einem selbstgebauten kybernetischen Gerät. Ab 23 Uhr spielen Teletext, Commodore-64 und Schreibmaschinen

die Hauptrollen in der Performance von Raquel Meyers.

Kunsthalle – «Ab auf die Bühne!»: Ab 18 Uhr gibt es Performances von Florence Jung, Nils Amadeus Lange, Jérôme Leuba, Marta Margnetti und Yves Scherrer.

Museum Tinguely – «Perform the Museum!»: Der Schweizer Künstler San Keller schneidet den Besuchern die Haare. Und es wird gezeigt, wie sich Performances an elektronische Helfer auslagern lassen.

Cartoon Museum – «Die neunte Kunst»: «Wer hat Angst vor dem «Klimakterium virile?» Bei Ralf König geht es nicht um den Klimawandel, sondern um die Andropause, die Wechseljahre des Mannes.

Spielzeug Welten Museum – «Duftwelten»: Das Körpertheater «Living Frames» drückt sich als «Parfumflakons» gegen gespannte Tücher. So stehts im Programm. x

ANZEIGE

www.lighthouse.ch



BASEL LIGHTHOUSE
BEIM LEBEN HELFEN

Geschäftsleiter/in 100%

«Beim Leben helfen»: Das ist das Credo unserer Auftraggeberin. Als Geschäftsleiter/in sind in diesem etablierten Wohnheim Ihre Fachkompetenzen gefragt. Eine neue Herausforderung für Sie?

Das Basel Lighthouse – 1989 gegründet – ist ein Wohnheim mit Tagesstruktur für Frauen und Männer mit schweren körperlichen Beeinträchtigungen und chronischen Erkrankungen. Selbst- und Mitbestimmung der Bewohnerinnen und Bewohner in allen Aspekten ihres eigenen Lebens sind Pfeiler der Wohnheimkultur. Das Pflege- und Betreuungskonzept basiert auf einem kurativen, rehabilitativen und palliativen Ansatz. Die Stiftung Basel Lighthouse steht unter dem Patronat der GGG Basel und das Wohnheim erfüllt die Zertifizierung Basel-Stadt, SODK Ost+. Wir sind nun beauftragt, eine erfahrene, vertrauenswürdige Führungspersonlichkeit als

Geschäftsleiter/in

zu finden. In dieser Funktion sind Sie für die fachliche, personelle und betriebswirtschaftliche Umsetzung des Konzeptes (Pflege- und Wohnkonzept) auf operativer Ebene verantwortlich. Sie engagieren sich für die inhaltliche und finanzielle Steuerung und Entwicklung der Institution, gewährleisten eine reibungslose Administration, übernehmen Jahresplanung und Budgetverantwortung und verhandeln die Leistungsverträge mit den Subventionsgebern. Sie pflegen den Kontakt zu Behörden, Verbänden und Institutionen. In Zusammenarbeit mit dem Stiftungsrat wirken Sie am Strategieprozess mit und setzen sich für die Weiterführung und Entwicklung des Wohnheims, im Sinne einer bedarfsge-

rechten, pflegerischen und sozialen Dienstleistung, ein. Zusammen mit den Teamleitungen sorgen Sie dafür, dass das Wohnheim intern optimal organisiert ist.

Wir wenden uns an eine zielorientierte, führungserfahrene Persönlichkeit mit abgeschlossener Ausbildung (Stufe HF, FH, Uni) in Pflege, Heimleitung, Sozialpädagogik oder vergleichbaren Fachgebieten sowie mit praktischer Berufserfahrung in der Arbeit mit Menschen mit somatischen Behinderungen (Langzeitpflege). Idealerweise kommen Sie aus der Region und verfügen über ein Netzwerk in Basel, das Sie zu Gunsten des Wohnheims einbringen können. Mit Ihrer kommunikativen Art und Ihrer ausgeprägten Sozialkompetenz verstehen Sie es, sich mit den verschiedenen internen und externen Anspruchsgruppen auf Augenhöhe auszutauschen.

Spricht Sie diese sinnstiftende Aufgabe an? Dann freuen wir uns auf Ihre aussagekräftige elektronische Bewerbung (PDF-Format).

Kontakt: Sandra von Hermanni
Ruedi Klausner

JÖRG LIENERT AG BASEL
Wettsteinplatz 7
4058 Basel
Telefon 061 271 71 66
basel@joerg-lienert.ch
www.joerg-lienert.ch

fsb Unternehmensberatung in Personalfragen AG
Kooperationspartner

JÖRG LIENERT

SELEKTION VON FACH- UND FÜHRUNGSKRÄFTEN

Luzern, Zug, Zürich, Basel, Bern

in x g+

Während des Generalstreiks vor hundert Jahren gründeten bürgerliche Kreise in Basel 1918 eine Bürgerwehr. Was trieb die Männer um und was führten sie im Schild?

Wie die Bürgerwehr Basel säuberte

Der Einsatz der Basler Bürgerwehr als Strassenwischer löste Heiterkeit aus.



von Martin Stohler

Anfang November 1918 blickte mancher Basler Gross- und Kleinbürger besorgt in die Zukunft. Im Jahr zuvor hatten in Russland Bolschewiki und Sozialrevolutionäre die Macht an sich gerissen und die nach der Abdankung des Zaren am 15. März 1917 ans Ruder gekommene provisorische Regierung gestürzt. Die alte Welt war in Auflösung begriffen: Österreich-Ungarn zerfiel, und in Deutschland musste unter dem Druck der Novemberrevolution der Kaiser den Thron räumen.

Auch im Gebälk des Schweizerhauses hörte man es seit Längerem knacken. Am 30. August 1917 waren in mehreren Schweizer Städten Zehntausende einem Aufruf der Sozialdemokraten und Gewerkschaften gefolgt. In Basel füllten gegen 20 000

FOTO: STAATSARCHIV BASEL-STADT, BILD 13, 399



Menschen den Marktplatz und demonstrierten gegen Teuerung und soziale Not.

Mit solchen Demonstrationen konnte man etwas Dampf ablassen, eine Verbesserung der Lage blieb aber aus. Insbesondere die im Oltener Aktionskomitee zusammengeschlossenen Sozialisten und Gewerkschafter wollten das nicht hinnehmen und drohten mit dem Generalstreik.

Bürgerversammlung im Stadtcasino

Als am 7. November der Jahrestag der Oktoberrevolution ins Haus stand, stieg die Nervosität an. Nachdem die Zürcher Regierung am 5. November vom Bundesrat das Aufgebot von Militär zum Ordnungsdienst verlangt hatte, reagierte das Oltener Aktionskomitee am 9. November mit einem eintägigen Proteststreik in 19 Städten.

Um seine sozialen und politischen Forderungen wie Proporzwahl des Nationalrats, Frauenstimmrecht, 48-Stunden-Woche, Ausbau der Lebensmittelversorgung, Alters- und Invalidenversicherung durchzusetzen, rief es am 12. November den Landesstreik aus. Unter dem Druck von massiven Truppenaufgeboten und einem Ultimatum des Bundesrats brach das Oltener Aktionskomitee den Streik am 14. November schliesslich ab.

In Basel lud am Vorabend des Landesstreiks ein bürgerliches Aktionskomitee zu einer gut besuchten Gegendemonstration im Musiksaal des Stadtcasinos ein. Gemäss einem Bericht der «Basler Nachrichten» liessen alle Redner «den Forderungen der Sozialdemokraten volle Gerechtigkeit angedeihen, forderten aber deren Durchführung auf verfassungsmässigem Wege».

Die Bürgerwehr verstand sich als «politisch und confessionell neutral».

Das Aktionskomitee unternahm es «in Verbindung mit der Studentenschaft, die sich hauptsächlich gegen das Treiben der sozialdemokratischen Jungburschen wandte, eine Bürgerwehr» zu organisieren und «garantiert den Geschäftsinhabern, die zum Offenhalten ihrer Geschäfte eingeladen wurden, ausreichenden Schutz». Die Bürgerwehr verstand sich, wie es in einem Text von 1919 heisst, als «politisch und confessionell neutral». Und weiter: «Wenn sie sich in Bewegung setzt, wird sie nicht bewaffnet auf die Strasse gehen. Ihre besonderen Zwecke aber bestehen statutengemäss darin, bei allgemeiner Ruhestörung, bei allgemeiner Arbeitseinstellung in öffentlichen Betrieben, und bei Landeskatastrophen Hilfsdienste in öffentlichen und privaten Anstalten und Betrieben zu leisten, mitzuhelfen, bedrohtes Hausrecht zu wahren und Arbeitswillige zu schützen.»

Dabei arbeitete sie eng mit staatlichen Instanzen und dem Platzkommando zu-

sammen. Zudem baute die Bürgerwehr einen eigenen Nachrichtendienst auf. Als es im Sommer 1919 in Basel erneut zu einem Generalstreik kam, wurde die Bürgerwehr auf dem falschen Fuss erwischt. Ein internes Papier stellt rückblickend stichwortartig fest: «Ausbruch im peinlichsten Moment. Mitten in der Organisation, alles unvollendet, ausser Ordnungsdienst. Ferien, Lücken, Überraschungen.»

Namentlich der Einsatz als Strassenwischer löste eher Heiterkeit aus. Die Arbeiter-Zeitung «Basler Vorwärts» kommentierte die Aktion wie folgt: «Nachdem sich auch die Staatsarbeiter dem Streik angeschlossen hatten, ergab sich für manchen patriotischen Bürger Gelegenheit, selbst auch einmal nützliche Arbeit zu leisten und an der Reinigung der Strassen mitzuhelfen.»

So sei in Kleinbasel ein Mitglied der «Bürgergarde» beobachtet worden, «wie er mit Glacehandschuhen bekleidet die Uratkübel in den Abfuhrwagen leerte».

Kampf gegen neue Gegner

In den 1920er-Jahren erwartete die Bürgerwehr den Angriff auf die bürgerliche Ordnung von links. Später ortete sie die Gefahr auch vonseiten der nationalsozialistischen Organisationen in der Schweiz und der Fronten. So heisst es in einem Papier aus dem Jahr 1939 unter der Überschrift «Nachrichtendienst betreffend die Fronten»: «Das Einfachste wird sein, wenn Angehörige der Bürgerwehr veranlasst werden, den Fronten scheinbar beizutreten und dann zu berichten, was sie dort erfahren. Es müssten ihnen wahrscheinlich lediglich die erwachsenden Kosten und Auslagen vergütet werden.»

Beim «Nachrichtendienst über nationalsozialistische Umtriebe» erachtete der Autor des Textes, ein Major Müller, «eine ganz besondere Diskretion und einen besonderen Takt» als unbedingt erforderlich. Die Bürgerwehr-Mitglieder sollten «die Tätigkeit deutscher Vereine aller Art und der mit ihnen befreundeten Schweizer alle Aufmerksamkeit» widmen und «Auffälliges diskret» melden. Dabei sollte es auch möglich sein, «nach und nach genaue Listen der infrage stehenden Personen zu bekommen».

Wann genau der Verein, der sich 1941 in Vaterländischen Hilfsdienst umbenannte, seine Tätigkeit einstellte, liegt im Dunkeln. 1966 wurde sein Vermögen von 200 000 Franken in eine Stiftung gleichen Namens überführt. 1984 riefen mehrere Zeitungsartikel deren Existenz in Erinnerung. Im Privatarchiv PA 370 b A 1 - 4 (2) des Staatsarchivs Basel-Stadt, das zahlreiche Unterlagen zur Basler Bürgerwehr enthält, gibt es eine «Checklist für eine allfällige Liquidation der Stiftung im Jahr 1990». ×

Im Rahmen der Museumsnacht von Freitag, dem 19. Januar 2018, zeigt das Staatsarchiv Basel-Stadt Archivadokumente zu den Krisenjahren um 1918.

Kinoprogramm

Basel und Region 19. bis 25. Januar

BASEL B-MOVIE

Grellingerstrasse 41 b-movie.ch

KEINE VORSTELLUNGEN

CAPITOL

Steinenvorstadt 36 kitag.com

- JUMANJI: WILLKOMMEN IM DSCHUNGEL** [12/10 J]
FR/MO-MI: 14.45/17.30
SA/SO: 13.30/16.45^{E/d/f}
- STAR WARS: DIE LETZTEN JEDI** [12/10 J]
20.15-FR/MO-MI: 14.45
SA/SO: 13.30/16.45^{E/d/f}
- THE COMMUTER** [14/12 J]
20.15^{E/d/f}

KULT.KINO ATELIER

Theaterstr. 7 kultkino.ch

- CHERCHEZ LA FEMME** [10/8 J]
20.50-FR/SA/MO-MI: 12.10^{F/d}
- NON HO L'ETÀ** [8/6 J]
FR/SA/MO-MI: 12.10-SO: 11.00^{F/d}
- WONDER WHEEL** [10/8 J]
FR/SA/MO-MI: 12.15^{E/d/f}
- KEDI: VON KATZEN UND MENSCHEN** [8/6 J]
FR/SA/MO-MI: 13.00-SO: 11.00^{Tu/k/d}
- LUCKY** [8/6 J]
16.00/19.00/21.00
FR/MO-MI: 14.00^{E/d/f}
- UN BEAU SOLEIL INTÉRIEUR** [14/12 J]
FR/MO-MI: 14.00-SO: 12.45^{F/d}
- LE SENS DE LA FÊTE - C'EST LA VIE** [10/8 J]
14.10/18.30/21.00^{F/d/f}
- LOVING VINCENT** [10/8 J]
14.15/18.40/20.40^{E/d/f}
- GAUGUIN - VOYAGE DE TAHITI** [10/8 J]
14.30/20.30^{F/d}
- ON BODY AND SOUL** [12/10 J]
16.00^{Ungar/d/f}
- SAMI - A TALE FROM THE NORTH** [12/10 J]
16.15^{Ov/d/f}
- DIE LETZTE POINTE** [6/4 J]
16.30^{Dialekt}
- MARIA BY CALLAS** [0/0 J]
16.40^{F/d}
- THE KILLING OF A SACRED DEER** [16/14 J]
18.00^{E/d/f}
- GABRIEL AND THE MOUNTAIN** [14/12 J]
18.20^{Port/d/f}
- ERNEST & CÉLESTINE** [6 J]
SA/SO: 14.00^D
- PAPA MOLL** [6/4 J]
SA/SO: 14.00^{Dialekt}
- DOKUMENTARFILM TRIFFT THEATER**
SO: 11.00^D
- ANNA KARENINA - VRONSKY'S STORY** [12/10 J]
SO: 11.15^{Russ/d/f}
- SCORE: A FILM MUSIC DOCUMENTARY** [12/10 J]
SO: 12.30^{E/d}

KULT.KINO CAMERA

Rebgasse 1 kultkino.ch

- 120 BPM** [14/12 J]
13.30/20.15^{F/d}
- DARKEST HOUR** [12/10 J]
13.45/18.00/20.30^{E/d}
- KÖHLERNÄCHTE** [14/12 J]
16.15^{Dial/d}
- LA NOVIA DEL DESIERTO** [16/14 J]
16.15^{Sp/d/f}
- ÔTEZ-MOI D'UN DOUTE** [6/4 J]
18.15-SO: 11.30^{F/d}
- THE SQUARE** [14/12 J]
SO: 11.00^{Ov/d/f}

NEUES KINO

Klybeckstr. 247 neueskinobasel.ch

- LOVE EXPOSURE - AI NO MUKIDASHI**
FR: 20.00^{Jap/d}
- FRANKENHOOKER**
SA: 21.00^{E/d}

PATHÉ KÜCHLIN

Steinenvorstadt 55 pathe.ch

- DOWNSIZING** [8/6 J]
FR/SO/DI: 10.10/20.40
SA/MI: 17.50-SA: 22.30^{E/d/f}
FR/SO/DI/MI: 15.00
FR/SO/DI: 17.50-FR: 22.30
SA/MI: 10.10/20.40^D
- DARKEST HOUR - DIE DUNKELSTE STUNDE** [12/10 J]
FR/SO/DI: 10.20/18.00
FR/SA/MI: 20.40-SA/MI: 15.20^{E/d/f}
FR/SO/DI: 15.20
SA/MI: 10.20/18.00
SO/DI: 20.40^D
- FERDINAND - GEHT STIERISCH AB!** [6/4 J]
FR/SO/DI: 10.20-SA/MI: 12.45^D
- FERDINAND - GEHT STIERISCH AB! - 3D** [6/4 J]
FR/DI: 15.15-SO: 12.50^D
- SIMPEL** [6/4 J]
FR-SO/DI/MI: 10.20^D
- JUMANJI: WILLKOMMEN IM DSCHUNGEL - 3D** [12/10 J]
FR-SO/DI/MI: 10.45/15.30/
20.30-FR/SA: 23.10^D
- HILFE, ICH HABE MEINE ELTERN GESCHRUMPF** [6/4 J]
FR-SO/DI/MI: 11.00/13.15
FR/SA/DI/MI: 15.30-SO: 15.15^D
- STAR WARS: DIE LETZTEN JEDI - 3D** [12/10 J]
FR/SO/DI: 11.10/20.10
SA/MI: 17.00-SA: 22.40^{E/d/f}
FR/SO/DI: 17.00-FR: 22.40
SA/MI: 11.10/20.10^D
- PAPA MOLL** [6/4 J]
FR/DI: 11.20
SA/SO/MI: 10.00/12.00/14.00^{Dialekt}
- COCO** [6/4 J]
FR/SO/DI: 12.45
SA/MI: 10.20/15.15^D
- HOT DOG** [12/10 J]
FR/SA/DI/MI: 12.50
FR-SO/DI: 15.15
FR-SO/DI/MI: 20.15
FR/SA: 23.20-MI: 15.20^D
- PADDINGTON 2** [0/0 J]
FR-SO/DI/MI: 12.55^D
- THE COMMUTER** [14/12 J]
FR-SO/DI/MI: 13.00
FR-SO/DI: 17.40
FR/SA/MI: 20.00-FR/SA: 23.30^D
SO/DI: 20.00-MI: 17.40^{E/d/f}
- PITCH PERFECT 3** [6/4 J]
FR-SO/DI/MI: 13.20^D
- FRONTALIERS DISASTER** [6/4 J]
FR/DI: 13.30
FR-SO/DI/MI: 16.00/20.50^{U/d}
- C'EST LA VIE - DAS LEBEN IST EIN FEST** [10/8 J]
FR-SO/DI/MI: 14.20/20.20
FR/SA/DI/MI: 17.45
FR/SA: 23.00^D
- MORD IM ORIENT EXPRESS** [12/10 J]
FR-SO/DI/MI: 17.40^{E/d/f}
- THE GREATEST SHOWMAN** [6/4 J]
FR/SO/DI: 18.10^{E/d/f}
SA/MI: 18.10^D
- DIESES BESCHUEuerte HERZ** [12/10 J]
FR-SO/DI/MI: 18.30
FR/SA: 23.15^D
- INSIDIOUS: THE LAST KEY** [16/14 J]
FR/SA: 23.20^D
- Bolschoi Theater Moskau: ROMEO AND JULIA**
SO: 16.00^{Ov}

REX

Steinenvorstadt 29 kitag.com

- DOWNSIZING** [8/6 J]
14.00/17.00-FR-MO/MI: 20.30^{E/d/f}
- HOT DOG** [12/10 J]
21.00-FR-MO/MI: 14.30^D
- THE GREATEST SHOWMAN** [6/4 J]
17.30^{E/d/f}
- KITAG CINEMAS Opera Live: RIGOLETTO** [4/4 J]
DI: 14.00^{U/d}
- KITAG CINEMAS Ladies Night: WONDER** [8/6 J]
DI: 20.00^{E/d/f}

STADTKINO

Klostergasse 5 stadtkinobasel.ch

- DIE MÄDCHEN VON WILKO**
FR: 15.30-SO: 20.00^{Poin/d}
- OHNE BETÄUBUNG** [12/12 J]
FR: 18.15^{Poin/e}
- DER KALMUS**
FR: 21.00-MI: 18.30^{Poin/e}
- LUMIÈRE!** [6/4 J]
SA: 15.15^{F/d}
- ALLES ZU VERKAUFEN**
SA: 17.30^{Poin/d}
- LA COMUNIDAD** [12/16 J]
SA: 20.00^{Sp/d}
- MATADOR** [16 J]
SA: 22.15^{Sp/d}
- TASTE OF GEMENT** [12/10 J]
SO: 13.30^{Ov/d}
- DER MANN AUS MARMOR** [12/12 J]
SO: 15.15^{Poin/d}
- 25 DEGRÉS EN HIVER** [12/10 J]
SO: 18.15^{F/d}
- CATHERINE ANN BERGER: Die Direktorin von Swiss Film zu Gast**
MO: 19.00^D
- PILATUS UND ANDERE - EIN FILM FÜR KARFREITAG** [14/12 J]
MO: 21.00^D
- LA VANITÉ** [12/10 J]
MI: 21.00^{F/d}

FRICK

Kaistenbergstr. 5 fricks-monti.ch

- C'EST LA VIE - DAS LEBEN IST EIN FEST** [10/8 J]
FR-SO: 20.15^D
- PAPA MOLL** [6/4 J]
SA/SO: 15.00^{Dialekt}
- MADAME** [8/6 J]
SA/SO: 17.30^{E/d/f}
- DARKEST HOUR - DIE DUNKELSTE STUNDE** [12/10 J]
SO: 10.15^D
- FERDINAND - GEHT STIERISCH AB! - 3D** [6/4 J]
SO: 13.00^D
- LIVE-REPORTAGE TRANSAUSTRALIA VON CHRISTIAN ZIMMERMANN**
MO: 20.15^{Ov}

LIESTAL

Kanonengasse 15 kinooris

- HOT DOG** [12/10 J]
FR/SA: 17.30-FR-DI: 20.15^D
- THE COMMUTER** [14/12 J]
FR/SA: 22.45-MO/DI: 17.30
MI: 20.15^D
- PAPA MOLL** [6/4 J]
SA/SO: 11.00-MI: 17.30^{Dialekt}
- FERDINAND - GEHT STIERISCH AB!** [6/4 J]
SA/SO/MI: 14.30^D

SPUTNIK

Bahnhofplatz palazzo.ch

- CHERCHEZ LA FEMME** [10/8 J]
FR/SA: 18.00-SO/MO: 20.15^{F/d}
- C'EST LA VIE - DAS LEBEN IST EIN FEST** [10/8 J]
FR/SA: 20.15-SO-MI: 18.00^{F/d}
- LOVING VINCENT** [10/8 J]
SA: 16.00^D
- MALEIKA** [0/0 J]
SO: 10.30^D
- PADDINGTON 2** [0/0 J]
SO: 13.30^D

- DIE LETZTE POINTE** [6/4 J]
SO: 16.00^{Dialekt}
- LUCKY** [8/6 J]
DI/MI: 20.15^{E/d/f}

SISSACH

Felsenstrasse 3a palacesissach.ch

- CHERCHEZ LA FEMME** [10/8 J]
FR: 18.00-SO: 10.30^{F/d}
- DARKEST HOUR** [12/10 J]
FR-MO: 20.30-DI/MI: 18.00^{E/d/f}
- PAPA MOLL** [6/4 J]
SA/SO/MI: 16.00^{Dialekt}
- LUCKY** [8/6 J]
SA-MO: 18.00-DI/MI: 20.30^{E/d/f}

ANZEIGE

BASLER BÜCHERMARKT DER ANTIQUARE

19.-21. JANUAR 2018

IM SCHMIEDENHOF AM RÜMELINSPLATZ



FREITAG 17-22 Uhr
SAMSTAG 11-18 Uhr
SONNTAG 11-17 Uhr

Hoch-, Tief- oder Flachdruck? Einführung in die Geschichte, Entwicklung und Technik der Bildruckverfahren mit dem Antiquar Alain Moirandat. Sie sind eingeladen, graphische Blätter, deren Technik Sie nicht kennen, zur Bestimmung mitzubringen: Freitag: 19 & 21 Uhr; Samstag: 14 & 16 Uhr; Sonntag: 14 Uhr

www.bbda.ch

Ein Besuch in der Hansestadt lohnt sich immer. Und für einige Dinge nimmt man sogar die Kälte gerne in Kauf.

Wenn das Fischbrötchen abgefrorene Finger wettmacht

von Catherine Weyer

Wer nach Hamburg reist, landet früher oder später am Hauptbahnhof. Es gibt Geldautomaten, Schliessfächer, Verpflegungsmöglichkeiten. Der optimale Startpunkt für den Ausflug also. Von hier aus geht es in die Shoppingmeile, wo alle Läden so viel grösser wirken als im kleinen Basel und immer wieder ein bisschen wohlige Wärme in dieser kalten Stadt bieten.

Zählt man diese Laden-Unterbrüche nicht mit, dauert es etwa 20 Minuten, bis man in der Speicherstadt angelangt ist. Das Unesco-Weltkulturerbe besticht nicht nur durch seine wunderschönen Bauten, sondern hat auch sonst einiges zu bieten. Am bekanntesten ist wohl das «Miniatur Wunderland», die grösste Modelleisenbahnanlage der Welt. Im Januar hier unvorbereitet hinzugehen, ist allerdings nicht empfehlenswert: Wartezeiten von über einer Stunde sind die Regel, und in der Zeit darf man das Gebäude nicht verlassen. Zu trostlos für diese trostlose Jahreszeit.

Ganz in der Nähe ist dafür etwas, was nicht nur die Seele, sondern auch den Körper wärmt: In der Speicherstadt Kaffeerösterei gibt es den Kaffee nicht nur zum Trinken und als Bohne verpackt, das ganze Haus ist erfüllt vom Duft der hauseigenen Kaffeerösterei. Ein Traum für jeden Kaffee- fan und durchgefrorenen Touristen.

Das Highlight kommt erst noch

Weiter geht es durch die HafenCity. Über einen Steg kann man zu beiden Seiten die modernen (und teuren) Bauten bewundern. So beeindruckend die Häuser, so deprimierend ist die Stimmung, die dieses neue Viertel verströmt. Wirkliches Leben findet hier nicht statt. Das liegt wohl auch daran, dass der Wind meist äusserst unangenehm um die Balkone pfeift und die einzigen Lebewesen, die sich hier wohlzufühlen scheinen, Spinnen sind. Kein Wunder traut sich niemand nach draussen.

Aber bereits von hier aus sieht man das eigentliche Highlight des winterlichen Hamburg-Besuchs: Elphie, wie das monumentale Gebäude von den Hamburgern liebevoll genannt wird, ist wahrlich imposant. Und auch hier bietet sich die Möglichkeit, die kalten Füsse wieder etwas aufzuwär-



An der Elbphilharmonie führt in Hamburg kein Weg vorbei.

FOTO: CATHERINE WEYER

men. Kurz an der Kasse der Elbphilharmonie ein Gratis-Ticket abholen, schon darf man die beinahe skurril wirkende Flach-Rolltreppe in Elphies Rumpf besteigen.

Hier oben, am Ende des Backsteinbaus und unterhalb des wuchtigen Glaskörpers, hat man einen unverstellten Blick auf die Hafenstadt. Auf der einen Seite reicht er weit über die Elbe bis zu den Kränen, welche die Containerschiffe be- und entladen. Im Osten geht der Blick auf die HafenCity, die von hier aus klein und schmal aussieht, im Norden kann man die Passanten beobachten, und in der Ferne sieht man die Turmspitze der St. Michaeliskirche.

Nach diesem Spaziergang ist das Auspensum schon erreicht. Eigentlich. Denn das absolute Highlight, für das man auch gerne noch zehn Minuten in der Kälte verbringt, steht noch aus. Unten am Hafen gibt es die besten Matjes-Brötchen der Stadt. Für 3,50 Euro geht der rohe Fisch über die Theke. Dann muss man nur noch eine Treppe hinaufsteigen und auf der Plattform an die Reeling lehnen.

Mit dem Brötchen in der Hand und dem Blick auf die Elbphilharmonie ist das Ferieneeling perfekt. Und es stört auch nicht mehr, dass die Gliedmassen kurz vor dem Erfrieren sind. ×

Kultur

Wer trotz allem keine Lust auf Kälte und einen Spaziergang hat, sollte die Kunsthalle besuchen.

Kulinarik

Wer schnell etwas Gutes essen will, aber vom Fisch genug hat, ist bei Quan Do, in der Nähe des Hauptbahnhofes, gut aufgehoben. Das vietnamesische Essen kommt subito, ist preiswert und sehr, sehr lecker.

Nostalgie

Wer durch den alten Elbtunnel läuft, fühlt sich in die Zeit zurückversetzt, als Autos noch unter dem Fluss hindurchfuhren.

Kreuzworträtsel

Staat im Nahen Osten	schöne Blüte auf dem Wasser	ungebunden	Schreitvogel am Wasser	typischer Stadtvogel	winziges blutsaugendes Insekt	Binnenstaat in Westafrika	Dreifachkonsonant	Mundgebliedenes bei ihm am Spaltenberg	Schwanzlurch
		9		Pass im Kt. Zürich					
kurz für Erneuerbare Energie		hauchdünne Eierspeise	Mond, für Brasilianer			span.: sich	kurzer Personenname	Top-Level-Domain Italiens	
				Meeresbucht				fließt durch Kairo auf ihr liegen z.B. Verletzte	
solche Leute haben viel Geld	fehlt bei do, mi, fa, so, la		er liest gerne				Buchstabe des griech. Alphabets		
menschenfressendes Ungeheuer im Märchen		6					Are für Deutsche	circa, Abk.	
er und seine Nano-Forschung (siehe TaWo)	elektr. geladenes Teilchen		starke Farbe				Basler Brunnen beim Rhein	chem. Zeichen f. Calcium	
damit wird Gallen eine Stadt	Inselkette zw. Nordamerika und Asien	2	Boxen: so dann am Boden				Blumen haben einen	4	es steht am Marktplatz und anderes in Kürze
Basler Fähre	einfarbig		Internetadresse v. Bolivien	mediterr. Nadelbaum (von hinten)	süsse Sommerfrucht	ganz einfaches Wasserfahrzeug	ein Grosser im Märchen	so genannter Adler	7
			kalter Nordostwind lat.: dorthin			begrenzter Aufschub			auch Wodan genannter Gott (Myth.)
Bund, Vereinbarung				beliebte Zwiebel- und Zierpflanze				landwirtschaftlicher Betrieb	
		8	männl. Vorname kurz f. Domain Name		1	gut zum Anbraten		auf Wiedersehen	
besondere Art des Schreibens, etc. (wird y)	Kürzel für eine Basler Partei			Frucht m. harter Schale			franz.: Nacht		
Gas, auch für Leuchtröhren			dieses Santa, Stadt in Argentinien	10	Satz (im Tennis)		.on..n = Sterne		

9 Tage vom 25. März bis 2. April 2018
Rheinfahrt mit der MS Thurgau Silence
Basel – Amsterdam – Basel



CHF 1'090.-/1'240.- **GRATIS: Ausflugs-paket im Wert von CHF 280.-**

Buchung und nähere Informationen:
FROSSARD REISEN
 Sattelgasse 4, beim Marktplatz, 4051 Basel
 Tel. 061 264 55 88. Online: www.frossard-reisen.ch

Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----

MITMACHEN UND GEWINNEN

Senden Sie eine SMS an die Nummer 343: **TW Lösungswort, Name und Adresse** (i. - SMS) oder unter www.tageswoche.ch/kreuzwort.
Einsendeschluss: 24.01.2018. Lösungswort der letzten Woche:
DUNKELHEIT



ZU GEWINNEN:

Wir verlosen einen Pro Innerstadt Gutschein (50 CHF). Gewinnerin:
Klara Gebhardt



Auflösung der Ausgabe Nr. 02

Impressum

TagesWoche
 7. Jahrgang, Nr. 03,
 verbreitete Auflage:
 10800 Exemplare (prov. Wemf-
 beglaubigt),
 Spitalstrasse 18,
 4056 Basel
Herausgeber
 Neue Medien Basel AG
Redaktion
 Tel. 061 561 61 80,
redaktion@tageswoche.ch

Die TagesWoche erscheint täglich online und jeweils am Freitag als Wochenzeitung.

Geschäftsleitung
 Sibylle Schürch
Creative Director
 Hans-Jörg Walter
Marketing
 Stephanie Gyax
Redaktion
 Renato Beck und
 Gabriel Brönnimann
 (Co-Leitung Redaktion),
 Ronja Beck, Yen Duong,
 Andrea Fopp,
 Olivier Joliat,
 Stefan Kempf,
 Christoph Kieslich,
 Matthias Oppliger,
 Samuel Rink,

Jeremias Schulthess,
 Rosa Schmitz (Praktikantin),
 Dominique Pirgi,
 Samuel Waldis,
 Catherine Weyer,
 Reto Aschwanden
 und Tino Bruni
 (Co-Leitung Produktion),
 Mike Niederer
 (Produzent),
 Hannes Nüsseler
 (Produzent)
Layout/Grafik
 Anthony Bertschi,
 Eliane Simon
Bildredaktion
 Nils Fisch

Korrektorat
 Martin Stohler (Leitung),
 Yves Binet,
 Chiara Paganetti,
 Irene Schubiger,
 Laura Schwab,
 Jakob Weber
Abodienst
 Tel. 061 561 61 61,
abo@tageswoche.ch
Anzeigenverkauf
 TagesWoche
 Spitalstrasse 18
 4056 Basel
 Tel. 061 561 61 22,
werbung@tageswoche.ch

Unterstützen Sie unsere Arbeit mit einem Jahresbeitrag
 UnterstützerIn: 160 Fr. pro Jahr
 EnthusiastIn: 220 Fr. pro Jahr
 Unternehmen: 660 Fr. pro Jahr
Mehr dazu: tageswoche.ch/abo

Sie wollen uns mit einer Spende unterstützen? Bitte sehr:
 IBAN
 CH41 0900 0000 6050 5456 2

Druck
 Mittelland Zeitungsdruck AG,
 Aarau
Designkonzept und Schrift
 Ludovic Balland, Basel



Unterstützen Sie uns
in stürmischen Zeiten.

**Offenheit, Meinungsvielfalt und
Unabhängigkeit. Wie viel ist Ihnen das wert?
Abonnieren Sie jetzt.**

AZA
CH-4056 Basel
PP/Journal

Post CH AG

TagesWoche
Neue Medien Basel AG
Spitalstrasse 18, 4056 Basel
Redaktion: 061 561 61 80
Abo: 061 561 61 61
tageswoche.ch



ANZEIGE

Unersetzbar.

Unzersetzbar.

Es dauert 500 Jahre, bis sich Plastikabfall zersetzt. Unsere Ozeane drohen zu gigantischen Mülldeponien zu werden – mit tödlichen Folgen für die Meeresbewohner.
Unterstützen Sie unsere Kampagne für saubere Meere: ocean care.org

ocean care

SPINAS CIVIL VOICES